

Geschichtskorrespondenz

Marxistischer Arbeitskreis zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung
bei der Partei DIE LINKE

Nummer 4/19. Jg.

Mitteilungsblatt

Oktober/November 2013

Zu diesem Heft:

In diesem Heft schließen wir mit dem Beitrag von Marga Voigt und zwei Reden August Bebels auf dem Dresdner Parteitag der SPD 1903 den Abdruck von Materialien unseres Kolloquiums zum 100. Todestag August Bebels ab. Sowohl die von M. Voigt herangezogenen Erinnerungen Angelica Balabanoffs als auch die Bebel-Reden vermitteln den Einklang von prinzipiellen politischen Positionen und persönlicher Ausstrahlung, auf der die einzigartige Wirkung seiner Persönlichkeit beruhte.

Ein lebhaftes Interesse dürften die Ausführungen von Eckart Mehls auf einer unserer Donnerstag-Veranstaltungen über das Verhältnis Polen – Russland finden. Sie zeigen anschaulich sowohl die Dialektik von objektiven, materiellen Interessen und ihrer politischen und ideologischen Reflexion als auch die Mobilisierung tief in der Geschichte verwurzelter Bewusstseinsinhalte für aktuelle politische Zwecke, die *reale* Bedeutung ideologischer Phänomene für politische Entwicklungen gerade im östlichen Europa.

Der Vortrag von Heinz Karl in Wien versucht, die Bedeutung marxistischer Geschichtswissenschaft, einer marxistischen Sicht auf historische Abläufe, Zusammenhänge und Probleme für die politische Standortbestimmung und das politische Handeln deutlich zu machen und dokumentiert zugleich den internationalen Aspekt des Wirkens unseres Arbeitskreises.

Der Beitrag von Horst Schneider ist der so dringend notwendigen prinzipiellen kritischen Auseinandersetzung mit alarmierenden Tendenzen in der politischen und geistigen Entwicklung der BRD gewidmet.

Die Hinweise auf die Donnerstag-Veranstaltungen bis März 2014 sowie das Kolloquium „Sozialdemokraten in der Entscheidung: Rudolf Breitscheid und Otto Grotewohl“ (S. 36) informieren über die Aktivitäten des Arbeitskreises in den nächsten Monaten. Der vollständige Veranstaltungsplan für 2014 erscheint im Januar-Heft.

Heinz Karl

Inhaltsverzeichnis

Editorial	S. 1
Marga Voigt Die Balabanoff über August Bebel	S. 3
Dokumente	
August Bebel Aus der Rede zum Tagesordnungspunkt „Die Taktik der Partei“ auf dem Parteitag der SPD in Dresden am 17. September 1903 (II)	S. 4
August Bebel Aus der Rede zum Tagesordnungspunkt „Mitarbeit an der bürgerlichen Presse“ auf dem Parteitag der SPD in Dresden am 15. September 1903	S. 6
Prof. Dr. sc. Eckart Mehls Zu aktuellen Problemen der polnisch-russländischen Beziehungen	S. 8
Prof. Dr. sc. Heinz Karl Marxistische Geschichtswissenschaft – Leistungen und Aktualität	S. 23
Prof. em. Dr. sc. Horst Schneider „eenes mannes rede ist keenes mannes rede, man muss hören alle beede“. Zur Verteufelung der DDR im Bericht Bernd Neumanns an den Bundestag	S. 33
Veranstaltungen des Arbeitskreises, Januar – März 2014	S. 36

Impressum: Die GeschichtsKorrespondenz erscheint vierteljährlich. Sie wird Mitgliedern und Interessenten des Arbeitskreises kostenlos zur Verfügung gestellt - in der Regel per E-Mail.

E-Mail: marxistischer.arbeitskreis@die-linke.de

Neue Interessenten teilen bitte ihre E-Mail-Adresse entweder per Mail an obige E-Mail-Adresse oder per Post an die Redaktion (siehe unten) bzw. eine der in den Einladungen genannten Kontaktadressen mit.

Interessenten ohne E-Mail-Adresse sowie Bibliotheken und wissenschaftliche Institutionen wenden sich an die Redaktion.

Die GeschichtsKorrespondenz ist nicht im Buchhandel erhältlich.

Herausgeber: Marxistischer Arbeitskreis zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung bei der Partei DIE LINKE.

Redaktion: Dr. Günter Wehner (V.i.S.d.P.)
Sella-Hasse-Str. 9, 12687 Berlin, Tel. 030-800962148

Gezeichnete Beiträge geben nicht in jedem Fall die Meinung von Herausgeber und Redaktion wieder. Die nächste Ausgabe erscheint Januar 2014.

Marga Voigt

Die Balabanoff über August Bebel

Die Erinnerung der Balabanoff an die letzte Stunde mit August Bebel berührt. (*Angelica Balabanoff: Erinnerungen und Erlebnisse, Berlin 1927*) Sie gibt der Wertschätzung der Jungen gegenüber dem Erfahrenen Ausdruck, der Nehmenden gegenüber dem Gebenden, der Frau gegenüber dem Mann, der Kämpferin gegenüber dem Vorkämpfer. Zwei Gefährten der proletarischen Internationale mussten Abschied nehmen, zwei, die nicht müde wurden, leidenschaftlich den Imperialismus anzuklagen, getragen von einem revolutionären Pflichtgefühl.

„Bebel war gestorben. Als ich im Auftrage des italienischen Parteivorstandes am 14. August 1913 nach Zürich kam und mich mit einem Strauß roter Nelken ins Volkshaus begab, wurde noch niemand zur Leiche zugelassen. Für mich machte man eine Ausnahme, und ich bin bei den sterblichen Überresten des großen, großen Genossen geblieben, bis sie dem Feuer übergeben wurden. Ich kann auch sagen, dass mich der Hingang eines Menschen nie so erschüttert hat wie gerade der Bebels, und zwar war es nicht Wehmut, was ich empfand oder irgendein sentimentales Bedauern, dass der Mensch Bebel nicht mehr war, vielmehr – als ich ihn so ruhig, lächelnd liegen sah und so manche Augenblicke aus seinem Leben mir vergegenwärtigte, was er gelitten hatte, und was ihm noch bevorgestanden hätte – empfand ich ein Gefühl der Erleichterung. Dagegen fühlte ich die ganze Schwere dieses Verlustes für die Arbeiterklasse, die verwaist, für die Internationale, die enthauptet war, und für unsere ganze Generation ...“ (S. 52)

Eine weitere Erinnerung der Balabanoff bleibt in meinem Gedächtnis, ihre Erinnerung an eine Begebenheit in Basel 1912. Umso mehr, als ich im vorigen Jahr selbst das voll besetzte – mit roten Rosen und brennenden Kerzen geschmückte – Basler Münster in Augenschein nehmen konnte, auf der Friedensfeier der SP Schweiz im Anschluss an die Tagung „Krieg & Frieden. 100 Jahre Außerordentlicher Kongress der Sozialistischen Internationale von 1912 und die Frage des Friedens heute“.

„Bebel hatte vermöge seines großen Scharfsinns und seiner Kenntnis der Arbeiterbewegung ein Vorgefühl des tragischen Schicksals, das des Sozialismus und unserer Generation überhaupt harrte. Dieser Umstand kam mir in Basel 1912 besonders klar zum Bewusstsein. Wir waren zum Außerordentlichen Kongress versammelt, der die Kriegsgefahr abwehren sollte. Auf den Versammelten lastete eine Art Alpdruck. Nur wenige, und unter ihnen vor allem Bebel, waren sich der Kriegsgefahr und der Folgen, die sie für den Sozialismus mit sich bringen mussten, bewusst. Das Bewusstsein der allgemeinen Schwäche und Unvorbereitetheit war allen gemein. [...] Am letzten Tage der Verhandlungen sollte auch der Vertreter Italiens, Genosse Agnini, das Wort ergreifen. Da mir sehr viel daran lag, dass die Stellungnahme der italienischen Partei so authentisch wie möglich in dieser äußerst wichtigen Versammlung zum Ausdruck käme, übernahm ich selbst die Übersetzung seiner Rede. Schon während seiner kurzen Ausführungen wurde der italienische Redner – obwohl die wenigsten ihm folgen konnten – stürmisch bejubelt. Kaum hatte ich die Übersetzung begonnen, als die Begeisterung sich intensiver, stürmischer gestaltete, und schließlich, als ich in die dritte Sprache übersetzt hatte, machte der Saal einen bestürzenden, fast unheimlichen Eindruck. Kein einziger Delegierter, kein einziger Journalist war auf seinem Platze geblieben. Es war kein Applaus mehr, es war eine brausende Ovation. Als ich vom Podium herunterging, ohne nur im entferntesten denken zu können, dass der Beifall mir gelten könnte, trat mit anderen Bebel auf mich zu, raschen Schritts, als ob er mich umarmen wollte. Erst jetzt erkannte ich, dass meine Übersetzung Eindruck gemacht hatte, und dass dieser die Begeisterung galt. Schien mir schon eine solche Anerkennung meiner Übersetzungsweise hier wie in anderen Fällen übertrieben, so konnte ich noch weniger verstehen, dass Bebel der Übertragung eines fremden Gedankens in mehr oder weniger vollendeter Form – einer nebensächlichen Leistung – irgendeine Bedeutung beimessen konnte. ‚Ja‘, sagte er, ‚wenn ich Sie, Genossin, höre, scheint es mir, dass ich die Internationale vor meinen Augen habe.‘ Erst im Laufe der Zeit, nach all den tragischen Erlebnissen des Krieges, habe ich mir Rechenschaft abgelegt von dem, was eigentlich damals diese stürmische Begeisterung bedeutete. Es war das Bewusstsein der allgemeinen sozialistischen Impotenz, das Vorgefühl der Niederlage der Internationale, die zum Ausbruch kamen [...]. Und die Tatsache, dass dieselbe Rede von derselben Stimme in derselben Betonung in verschiedenen Spra-

chen übertragen wurde, ließ die Vision einer lebenden, kämpfenden, siegenden Internationale auftauchen.“ (S. 52 f.)

An Bebel fesselte die Balabanoff seine „Schlichtheit der Ausdrucksweise, der strenge Ernst seiner Behauptungen, die feine Ironie, mit der er alles zurückzuweisen verstand, was nicht in das Arsenal der marxistisch geschulten revolutionären Arbeiterklasse gehörte, die unerbittliche Kritik, die er an den Schwächen der Bewegung übte, seine Verachtung der Phrase und jedes Anscheins von Demagogie“. Für die Balabanoff war Bebel „die Verkörperung der aus Not und geistiger Finsternis emporstrebenden Arbeiterklasse, die, wie Lassalle es formulierte, den Lasten und Schwächen der herrschenden Klasse überlegen war und – von einer großen, kritischen, siegverbürgenden, wissenschaftlichen Idee getragen – auf kleine Mittel, Intrigen und Hintertreppenpolitik verzichten konnte“. Bebel, so meinte sie, vereine in sich „die geistige und moralische Überlegenheit“, weil er selbst „den schweren, tastenden, aber stolzen und ruhmvollen Weg der Eroberung der revolutionären Weltanschauung gegangen war“.

Dokumente

August Bebel

Aus der Rede zum Tagesordnungspunkt “Die Taktik der Partei” auf dem Parteitag der SPD in Dresden am 17. September 1903 (II)¹

[...] Ist nicht in der Fraktion von einem Genossen gesagt worden: Ja, glaubt Ihr denn, daß wir auf die Dauer das Reichs-Budget werden verweigern können? (*Hört! Hört! Und große Bewegung.*) Wie ist es möglich, daß hierüber eine solche Frage gestellt wird, eine Stellung, die die Basis unsres ganzen Kampfes bildet? (*Lebhafter Beifall.*) Wenn bei jeder Gelegenheit immer und immer wieder in dieser Richtung gearbeitet wird, so sage ich: Donnerwetter, wenn es so weit geht, dann ist das die alte Sozialdemokratie nicht mehr, dann werden wir zum Gespött der Gegner, dann ist es wirklich sehr weit gekommen. (*Lebhafte Zustimmung.*)

[...] Ach, diese kleinlichen Gesichtspunkte, diese Engherzigkeit, diese Schüchternheit, dieses ewige beruhigen, temporisieren, diplomatisieren, kompromisseln! (*Große Heiterkeit und Beifall.*) Natürlich ist alles staatsmännische Genie auf Seite unsrer Revisionisten (*Heiterkeit*), alles diplomatische Geschick auf ihrer Seite. Ihr staatsmännisches Genie sieht man schon auf tausend Meter Entfernung (*Heiterkeit*) und ihr staatsmännisches Geschick riecht man schon auf hundert Meter. (*Erneute große Heiterkeit.*) Darauf sage ich Euch: diese Prinzipienreiter, die Leute, die den alten idealen, revolutionären Standpunkt der Partei heute mehr wie je vertreten, das sind keine Diplomaten, keine Staatsmänner, wollen keine sein – aber ich sage: merkt man einem an, daß er ein „Staatsmann“ ist, dann ist er schon keiner mehr. (*Sehr gut! und große Heiterkeit.*) Läßt jemand sich den Diplomaten anmerken und spricht er es womöglich auch noch aus, dann hört er auf, es zu sein. (*Sehr richtig!*)

Es ist mit einem Wort das Streben der Annäherung an die bürgerliche Gesellschaft. (*Lebhafte Zustimmung.*) Die Vertuschung, die Überbrückung der Gegensätze zwischen Proletariat und bürgerlicher Gesellschaft. Das ist das Streben, das die Männer, die sich Revisionisten nennen, in der Partei haben. (*Lebhafte Zustimmung.*) Es ist immer und ewig der alte Kampf, hier links, dort rechts, und dazwischen der Sumpf.

Das sind die Elemente, die nie wissen, was sie wollen, oder besser gesagt, die nie sagen, was sie wollen. (*Zustimmung.*) Das sind die „Schlaumeier“, die immer erst horchen: „Wie steht’s da, wie steht’s hier?“ (*Heiterkeit.*), die immer spüren, wo die Majorität ist, und dorthin gehen sie dann. (*Lebhafte Zustimmung.*) Diese Sorte haben wir auch in unserer Partei. (*Erneute lebhaftige Zustimmung.*) Eine ganze Anzahl ist jetzt bei diesen Verhandlungen ans Licht des Tages gekommen. Man muß diese Parteigenossen denunzieren (*Zuruf: denunzieren!?*), ja, ich sage ja, denunzieren, damit die Genossen wissen, was das für halbe Leute sind. Der Mann, der wenigstens offen seinen Standpunkt vertritt, bei dem weiß ich, woran ich bin, mit dem kann ich kämpfen, entweder er siegt oder ich, aber die faulen Elemente, die sich immer drücken und jeder klaren Entscheidung aus dem Wege gehen, die immer wieder sagen: wir sind ja alle einig, sind ja alle Brüder, das sind die allerschlimmsten! (*Lebhafte Zustimmung.*) Die bekämpfe ich am allermeisten. (*Stürmischer Beifall.*)

Wenn aber hier noch ein Zweifel wäre in dieser Frage, ob diese Ansicht richtig ist, so würde ich meine beste Rechtfertigung finden in den Äußerungen der Feinde. Die sind für mich das beste Barometer. (*Lebhafte Zustimmung.*) Ich frage aber: ist nicht die revisionistische Richtung von unsern Gegnern in

jeder Weise gehätschelt und gelobt worden, hat man sie nicht moralisch, so viel man konnte, unterstützt? Die „Frankfurter Zeitung“ ist sozusagen schon als ein Organ der Revisionisten bezeichnet worden, und genau dasselbe hätte man von der Naumannschen „[Die] Hilfe“ sagen können. So sehr ich von Herrn Naumann abweiche, so sehr ich glaube, daß er keinen politischen Weitblick hat, in Bezug auf die Taktik, die er uns gegenüber anschlug, war er in der Regel sehr geschickt. (*Ruf: Und Erfolg hatte er doch nicht!*) Gewiß, er hatte keinen Erfolg. Denkt Ihr denn, Genossen, ich glaube daran, daß der Revisionismus in unsrer Partei einmal Erfolg haben wird? (*Stürmische Zustimmung.*)

Nein, Genossen, Erfolg hat er nicht, aber Schaden stiftet er in der Partei an. (*Sehr richtig!*) Er zersplittert unsre Kräfte (*Sehr wahr!*), er hemmt unsre Entwicklung, er zwingt uns zur Uneinigkeit, er zwingt uns zur gegenseitigen Bekämpfung, wo doch das Gegenteil eintreten sollte. (*Sehr richtig!*) Eine ganze Reihe von Genossen wird irre geführt. (*Sehr wahr!*)

Daß diese Leute ehrlich kämpfen, das bezweifle ich gar nicht, ich habe es auch selbst in Bezug auf unsre Akademiker erklärt, wie es da steht, wie mancher nur allzu bald wieder das vergißt, was er als Sozialdemokrat gelernt hat, wie viele mehr oder weniger glauben, sie seien eigentlich die geborenen Führer des Proletariats (*Zustimmung*), wie mehr als einer glaubt, das Proletariat müsse stolz sein, daß er ihm die Ehre erweist, ein Mandat anzunehmen. (*Sehr wahr!*) Das ist kein böser Wille, das ist kein absichtlicher Verrat, aber es ist ein Übel für die Partei. Neben den Akademikern kommt dann der andre Teil unserer Revisionisten, die ehemaligen Proletarier in gehobenen Lebensstellungen (*Sehr richtig*), Leute, die eben jetzt einen gewissen Abschluß ihrer Lebenslage sehen. Die materialistische Geschichtsauffassung braucht ihr nur anzuwenden, und ihr habt des Rätsels Lösung. Was für alle Gegner gilt, gilt auch für uns. Und dann der Glaube, man habe eine staatsmännische Ader, man sei als diplomatisches Genie geboren. Dieser Glaube in Verbindung mit dem Verkehr mit Leuten der andren Richtung bringt es allmählich dahin, daß man auf Wege kommt, wie ich sie heute hier angedeutet habe. Dann gehören weiter natürlich auch sogenannte Proletarier dazu! Ja, das sind die Unwissenden, die Nichtunterrichteten, das sind diejenigen, die einem Manne folgen, dem [sic!] sie persönlich achten und dankbar zu sein glauben. Aber wenn es einmal möglich wäre, festzustellen, wie das wirkliche Proletariat in der Partei über den Revisionismus denkt, der Revisionismus würde einen schönen stattlichen Generalstab haben, aber die Armee hinter ihm wäre eine sehr kleine. (*Lebhafte Zustimmung.*)

Und weil nun der Revisionismus nach den letzten Wahlen – ich mache daraus kein Hehl, ich vertusche nichts mehr – in der Fraktion eine besondere Stärkung erfahren hat (*Hört! hört!*), weil ich weiß, daß die Leute ganz naturgemäß ihre Überzeugung in der Fraktion zur Geltung zu bringen suchen, weil ich weiß, daß das aufs neue, wie es schon dagewesen ist, zu unausgesetzten Kämpfen und Reibereien der unangenehmsten und widerlichsten Art führt, da habe ich mir gesagt: Jetzt soll endlich einmal der Parteitag, jetzt soll die Repräsentation der Partei entscheiden, wie von ihrem Standpunkt aus künftig die Taktik der Fraktion festzulegen ist. (*Beifall.*) Ich habe schon in einer meiner ersten Erklärungen gesagt: „Ich weiß, wir gehen speziell in der Fraktion schweren Kämpfen entgegen über die Taktik, aber ich weiß auch, daß in letzter Instanz, wenn die Partei zu sprechen hat, die Fragen anders entschieden werden, als in der Fraktion. (*Sehr richtig!*) Wir werden mehr als bisher die Partei aufrufen müssen, damit sie Entscheidungen über die Taktik der Fraktion trifft.“

Von diesem Gesichtspunkte aus haben wir Ihnen die Resolution² mit der Abänderung, die ich zu Anfang verlesen habe, vorgelegt. Von diesem Gesichtspunkt aus bitte ich Sie, diese Resolution betrachten und beurteilen zu wollen. Und wenn sie glauben, daß die Resolution das ausspricht, was ausgesprochen werden muß, dann stimmen Sie ihr mit ungeheurer Mehrheit (*Rufe: Einstimmig!*) zu,³ und ich bin überzeugt, wenn diese Richtschnur gegeben ist und wenn die andern Maßregeln ergriffen sind, die notwendig sind, um künftig Klarheit, Wahrheit und Wissen über alle wichtigen Parteifragen zu verbreiten: dann bin ich überzeugt, daß die Partei ihren stolzen Siegeslauf weiter fortsetzt und daß sie in der glänzendsten Weise ihre historische Mission erfüllen wird. (*Stürmischer anhaltender Beifall.*)

Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Abgehalten zu Dresden vom 13. bis 20. September 1903, Berlin 1903, S. 317, 319 – 321.

Anmerkungen

1 Erster Teil des Dokuments siehe Geschichtskorrespondenz, Juli/August 2013, S. 33 – 35.

2 Die Kernsätze der von Bebel, Singer und Kautsky vorgeschlagenen Resolution lauteten: „Der Parteitag verurteilt auf das entschiedenste die revisionistischen Bestrebungen, unsere bisherige bewährte und sieggekrönte, auf dem Klassenkampf beruhende Taktik in dem Sinne zu ändern, daß an Stelle der Eroberung der politischen Macht durch Überwindung unserer Gegner eine Politik des Entgegenkommens an die bestehende Ordnung der Dinge tritt. Die Folge einer derartigen revisionistischen Taktik wäre, daß aus einer Partei, die auf die möglichst rasche Umwandlung der bestehenden bürgerlichen in die sozialistische Gesellschaftsordnung hinarbeitet, also im besten Sinne des Wortes revolutionär ist, eine Partei tritt, die sich mit der Reformierung der bürgerlichen Gesellschaft begnügt. Daher ist der Parteitag ... der Überzeugung, ... daß die Sozialdemokratie ... einen Anteil an der Regierungsgewalt innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft nicht erstreben kann. Der Parteitag verurteilt ferner jedes Bestreben, die ... Klassengegensätze zu vertuschen, um eine Anlehnung an bürgerliche Parteien zu

erleichtern.“ (Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. IV, Berlin 1967, S. 99/100.)

3 Die Resolution wurde mit 288 gegen 11 Stimmen angenommen.

August Bebel

Aus der Rede zum Tagesordnungspunkt „Mitarbeit an der bürgerlichen Presse“ auf dem Parteitag in Dresden am 15. September 1903

Im Verlauf des Jahres 1903 mehrten und verschärften sich die Vorstöße der revisionistischen Strömung in der deutschen Sozialdemokratie. Aufsehen und Empörung in der Partei erregten besonders Angriffe einiger SPD-Mitglieder auf Politik und Programmatik der Partei in bürgerlichen Presseorganen wie der bürgerlich-liberalen Wochenschrift „Die Zukunft“. Als Bebel in die Auseinandersetzung eingriff, wurde auch er Zielscheibe revisionistischer Attacken. Die Austragung dieser politischen und programmatischen Kontroversen bildete den Hauptinhalt des Dresdner Parteitages. Sie begann – noch vor der Taktik-Debatte als Höhepunkt – mit der Diskussion zum obengenannten Tagesordnungspunkt. Beide Debatten stehen im engsten Zusammenhang miteinander, bilden im Grunde eine Einheit, was auch in der Rede Bebels deutlich wird. – Im Interesse besserer Lesbarkeit wurden Beifallsbekundungen und Zwischenrufe kursiv gesetzt und Absätze eingefügt.

Heinz Karl

[...] Ich stehe über vier Jahrzehnte im politischen Kampf; ich war nicht immer Sozialist und habe eine Zeitlang den Sozialismus ebenso eifrig bekämpft, wie ich ihn dann propagiert habe. Aber meine Ehre ist bis zu dieser Stunde niemals auch nur mit dem kleinsten Rostfleckenschmutz worden. (*Stürmischer, lang anhaltender Beifall.*) Und nun will ich denen, die es angeht, ein Geheimnis verraten, wenn es ein Geheimnis ist. Da sagen die Gegner immer, der alte Bebel, da ist nichts zu machen, der hat die Massen hinter sich. Ja, warum hat er denn die Massen hinter sich? Weil alle sich sagen müssen, er hat manchen Schwupper hinter sich, manche Dummheit gemacht, manchmal durch sein Temperament sich hinreißen lassen, aber auch in seiner Dummheit war er stets der ehrliche Mann. (*Stürmischer Beifall.*) Ja auch mit seinen Fehlern hat er geglaubt der Partei zu dienen, und antippen kann man ihn nicht. (*Lebhafter Beifall.*) Und wenn Ihr, die das angeht, denselben Einfluß haben wollt, dann macht es wie ich. (*Stürmischer Beifall und Unruhe.*)

Es tut mir sehr leid, daß ich diese ruhmredigen Worte – so wird es vielleicht in der gegnerischen Presse ausgelegt werden – aussprechen muß. Aber wenn man so Gegenstand persönlicher Angriffe war, und noch ist, wie ich, dann muß ich doch einmal sprechen und Euch das Geheimnis des Bildes von Sais entschleiern und mitteilen, wieso es kommt, daß die Dinge so sind. Es steht deshalb so, weil ich zu jeder Zeit ehrlich den sozialdemokratischen Klassenstandpunkt vertreten habe, weil ich heute noch mit diesen Massen übereinstimme, aus denen ich hervorgegangen bin.

Nach der Entwicklung der letzten Jahre bin ich aber leider noch auf meine alten Tage dazu gekommen zu sagen: seht Euch jeden Parteigenossen an, aber wenn es ein Akademiker ist oder ein Intellektueller, dann seht ihn Euch doppelt und dreifach an. (*Stürmischer Beifall.*) Das sage ich, der ich bei den Proletariern im Rufe stand, daß ich selbst ein verkappter Akademiker wäre und der ich den Akademikern stets die Stange gehalten habe. (*Sehr wahr.*) Wir brauchen die Intelligenz der Akademiker und Intellektuellen. Ihnen ist es durch das Glück der Umstände und durch ihre soziale Stellung vergönnt, das wissenschaftliche Rüstzeug mitzubringen, das sie befähigt, in hervorragender Weise für unsere Partei tätig zu sein, wenn sie ehrlich und aufrichtig im Einklang mit der Partei handeln. Aber darin liegt auch auf der anderen Seite die Gefahr. Ich sage nicht, daß diese Genossen unehrlich sind, daß sie die Absicht hätten, die Partei zu schädigen. Nein, aber gerade als Akademiker, als Männer und Frauen von höherem Wissen und in gewissem Sinne auch von höherer Intelligenz und tieferer Einsicht haben sie die verdammte Pflicht, bei allem ihren Tun und Wirken doppelt und dreifach darauf zu achten, daß sie auch auf dem rechten Wege sind, und sich bei den Proletariern zu informieren, wie diese Mas-

sen denken, wie sie fühlen und was sie wollen; diese Massen, die besser als die Akademiker wissen, um was es sich bei dem Kampfe des Proletariats handelt. (*Lebhafter Beifall.*)

Wir werden ja über dieses Thema noch bei anderer Gelegenheit zu sprechen haben¹, denn die ganze Sache steht mit der andren in Verbindung und Sie sehen, wie unrecht diejenigen haben, die da meinen, es handle sich nur um Literatengezänk, um Dinge, die die Partei nichts angehen. Ich bitte Euch, ich bitte Euch kniefällig, seid nicht so voreilig im Urteil, sondern fragt erst, wie es kommt, daß so etwas passieren konnte, wie es kommt, daß in dieser ganzen Frage auf einmal mit einer elementaren Wucht, wie sie noch niemals die Partei erlebt hat, nicht etwa auf ein Signal von oben, sondern von unten herauf die Empörung und Entrüstung wachgerufen wurde. Bei der lumpigen Vizepräsidentenfrage² drang überall der Zorn und die Entrüstung aus den Massen von unten herauf (*Lebhafte Zustimmung*); die Massen sagten sich: jetzt haben wir einen so glorreichen Kampf gekämpft; jetzt sind wir eine solche Macht wie nie zuvor, wir gehen schweren, sehr schweren Zeiten entgegen, und da kommen gewisse Herren mit dieser speziellen Interessenfrage für sie, s i e haben gar kein Gefühl, gar kein Empfinden für das, was die Masse eigentlich fühlt und denkt. (*Stürmischer, lang anhaltender Beifall.*)

Dann hat man mir nach Künsnacht³ geschrieben, wo ich so viel schlafe (*Heiterkeit*): Nehmen Sie sich vor den Scharfmachern in acht, nehmen sie sich vor den Leuten in acht, die Sie umgarnen. (*Große Heiterkeit.*) Ich habe zurückgeschrieben: Ja, Genossen, ich sitze hier fern von Madrid, und Ihr sitzt mitten in der Bewegung drin. Aber Ihr hört nichts, Ihr seht nichts, Ihr wißt nichts und infolgedessen denkt Ihr auch nichts. (*Sehr gut.*) Ihr sprecht von Scharfmachern? Der einzige wirkliche Scharfmacher bin ich. (*Stürmische Heiterkeit.*) Mir haben Kautsky und Mehring viel zu gemäßigt geschrieben. Es hat mir auch nicht gepaßt, daß mein Freund Kautsky mir so einige schöne Stellen aus meinem Artikel gestrichen hat, das trage ich ihm noch lange nach. (*Große Heiterkeit.*) Es waren nach meiner Ansicht Perlen, und er hat sie gestrichen. (*Erneute Heiterkeit.*) Ich sagte mir: Verdammt noch mal, ist das Eure Meinungsfreiheit? (*Große Heiterkeit.*) Selbst ein mir persönlich sehr wohl gewogener Mann, dessen Ehrlichkeit und Bravheit in Bezug auf die Partei ich auch nicht eine Sekunde in Zweifel ziehe, der aber in dieser Frage auch einen Standpunkt eingenommen hat, den ich nicht verstehe, schrieb: „Wir haben uns alle Mühe gegeben, es zu keiner Aufregung in der Partei kommen zu lassen, aber ich weiß nicht, wie es zugeht, alle Dämme wurden niedergedrückt.“

Ja, das ist ja aber das Schlimme, daß man nicht weiß wie es zugeht, daß die Dämme eingerissen wurden. (*Lebhafte Zustimmung.*) Es ist das Gleiche, wie in Erfurt, als ich Vollmar zurief: „Es kommt einmal die Stunde, wo auf euch Führer das Bild von den törichten Jungfrauen zutrifft, die auf den Bräutigam warten, ihn mit ihren Lampen empfangen wollten, um dann plötzlich zu entdecken, daß sie kein Öl auf der Lampe haben.“ (*Sehr gut!*) So ist es auch hier, man hat die Fühlung mit den Massen zum Teil verloren, man kennt die Massen nicht mehr! (*Lebhafte Zustimmung.*) Und so werden denn unausgesetzt die Fehler gemacht, von denen ich sage: Jetzt endlich ist es genug, jetzt lassen wir uns das nicht mehr gefallen. (*Bravo!*)

Meine Hamburger⁴ sind sehr ruhige Leute, ich habe oftmals, wenn ich so gehörig dazwischenfuhr und losknallte, gedacht, was werden wohl die Hamburger dazu sagen. Ich habe sie nie gefragt, ich habe immer gedacht: da kriegst du keine gute Antwort. Sie waren still, ob sie einverstanden waren, weiß ich nicht. Nun war ich aber erstaunt, als ich, während ich in Künsnacht saß und schlief (*Heiterkeit*), so halb im Schlaf das „Hamburger Echo“ las (*Große Heiterkeit*) und aus den Versammlungsberichten ersah, wie lichterloh die Flammen in die Höhe gegangen waren. Donner und Doria sagten sich die Hamburger, das lassen wir uns nicht mehr gefallen. Jetzt machen wir mal von unsrem Recht Gebrauch und schicken aus jedem Kreise drei Vertreter nach Dresden, die mal gründlich sagen sollen, was wir denken.

Da sagte ich mir: wenn es so in Hamburg brennt, dann brennt es in der ganzen Partei (*Lebhafte Zustimmung*), und es hängt sehr von gewissen Leuten ab, wie verzehrend der Brand in der Partei wird (*Bewegung*), oder ob er sich eindämmen läßt in vernünftige Grenzen. (*Zustimmung.*) Aber eins wird die Folge sein: die Partei wird künftig die Augen aufhalten und es sich nicht mehr nehmen lassen, wenn ihr etwas an den Führern nicht gefällt, ihnen gleich beim ersten Anfang tüchtig den Kopf zu waschen. (*Lebhafter Beifall.*)

[...] Wer bei uns Führer sein will, muß so handeln, wie die Partei will und nicht wie er will. (*Beifall.*) Er hat auszuführen, was die Masse erstrebt, was sie fühlt und denkt. Sie sind die Werkzeuge der Partei, nicht die Generale und Kommandeure, die sagen: Ich gehe voran und ihr

habt uns zu gehorchen. Das würden die ja auch gar nicht dulden. Noch einmal: es muß Klarheit geschaffen werden, solcher Unfug wie die Mitarbeiterschaft an der „Zukunft“ muß aufhören, das darf nicht mehr vorkommen, und darum bitte ich auch diejenigen, die mit der Fassung des Vorstandes nicht ganz einverstanden sind, sich zu sagen: auch wir müssen im Partei-Interesse für die Resolution⁵ stimmen.

Es ist wiederholt behauptet worden, und die Ausführungen Heines⁶ sind ja deutlich darauf hinausgelaufen, daß es sich hier darum handelt, die Meinungsfreiheit zu unterdrücken. Ei der tausend, wenn das Meinungsfreiheit ist, daß jeder in jedem Blatte schreiben kann, was er will, ohne Rücksicht auf das Partei-Interesse zu nehmen! (*Heine: Ich habe ja noch gar nicht darüber geredet!*) Schon in meinem Artikel habe ich ausgeführt, daß das nicht mehr sozialdemokratisch, sondern anarchistisch wäre. (*Lebhafte Zustimmung.*) Dann hören wir auf, eine Partei zu sein. Keine Einheit der Partei, aber Einigkeit, sagt Heine. Nein, Einigkeit - u n d - Einheit! Ohne Einigkeit keine Einheit! (*Stürmischer Beifall!*) Ohne Einheit der Grundsätze und Überzeugungen, ohne Einheit der Ziele keine Einigkeit und keine Begeisterung für den Kampf (*Sehr richtig!*), keine Möglichkeit, die Regimenter, Brigaden und Armeekorps ins Gefecht zu bringen, in die Schlacht zu führen und Siege zu erfechten, wie wir sie erfochten haben und wie wir sie weiter erfechten wollen, und wenn auch eine ganze Welt von Feinden sich gegen uns erhebt! (*Stürmischer, langanhaltender Beifall!*)

Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Abgehalten zu Dresden vom 13. bis 20. September 1903, Berlin 1903, S. 224 – 226, 228/229.

Anmerkungen

- 1 Bebel bezieht sich auf die nachfolgende Taktik-Debatte. Vgl. seine entsprechende Rede (*Geschichtskorrespondenz*, Juli/August 2013, S. 33 – 35, und dieses Heft, S. 4/5.)
- 2 Nach der für die Sozialdemokratie sehr erfolgreichen Reichstagswahl vom Juni 1903 plädierten Revisionisten wie Eduard Bernstein für die Übernahme eines Vizepräsidentenamtes im Reichstag und der damit verbundenen Repräsentationspflichten am Hofe in der Erwartung, dann z. B. in Audienzen beim Kaiser Arbeiterinteressen vertreten zu können.
- 3 Schweizer Ferienort August Bebel.
- 4 Bebel war von 1883 bis zu seinem Tode Reichstagsabgeordneter für den 1. Hamburger Wahlkreis.
- 5 Sie charakterisierte eine Mitarbeit „an bürgerlichen Preßunternehmungen ..., in denen an der Sozialdemokratischen Partei gehässige oder hämische Kritik geübt wird“ (Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. IV, Berlin 1967, S. 100), als unvereinbar mit den Interessen der Partei und wurde mit 283 gegen 24 Stimmen bei 4 Enthaltungen angenommen.
- 6 Wolfgang Heine – Rechtsanwalt, ständiger Mitarbeiter an den revisionistischen „Sozialistischen Monatsheften“ und am bürgerlichen „Berliner Tageblatt“. Führender Verfechter regimekonformer und promilitaristischer Auffassungen. Im Weltkrieg extremer Sozialchauvinist. 1918 – 1920 preußischer Justiz- bzw. Innenminister, musste nach dem Kapp-Putsch wegen seiner reaktionären Politik zurücktreten.

Prof. Dr. sc. Eckart Mehls

Zu aktuellen Problemen der polnisch-russländischen Beziehungen*

1. Historische Hintergründe der Gestaltung der polnisch-russländischen Beziehungen in der Gegenwart

Es gibt in Europa wohl kaum vergleichbar komplizierte Beziehungen zwischen zwei (gegenwärtig nur bedingt unmittelbaren) Nachbarn, wie es die polnisch-russländischen Beziehungen sind. Die Geschichte liegt wie eine schwere Last auf ihnen – und macht es bis in unsere Tage hinein auf beiden Seiten vielen leicht, diese Last für ganz vordergründig aktuelle politische Ziele zu instrumentalisieren. Und das nicht erst seit vorgestern oder dem vorigen Jahrhundert.

Kurzum: Will man über aktuelle Probleme der polnisch-russländischen Beziehungen reden, kommt man nicht an der Geschichte dieser Beziehungen vorbei, zumindest nicht daran, auf ihre Bedeutung zu verweisen und einige besonders gravierende Aspekte explizit zu benennen.

- 1612 – Vertreibung der polnischen Eroberer Moskaus durch das Heer Minins und Poscharskis. Erwähnenswert verbleibt in diesem Zusammenhang, dass es die postsowjetische Russländische Föderation für angebracht hielt, den dem Sieg der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution gewidmeten 7. November durch den 4. November als den der Vertreibung der

polnischen Okkupanten Moskaus gewidmeten „Tag der nationalen Einheit“ (Den narodnogo edinstva) zu ersetzen. Auf jeglichen Kommentar zum polnischen Echo darauf kann hier verzichtet werden.

- Außer der Nennung der polnischen Teilungen unter maßgeblichem Anteil Russlands und Preußens erübrigen sich hier weitergehende Erläuterungen zur Bedeutung dieses mehr als 100 Jahre währenden Abschnitts polnischer Geschichte und seiner nachwirkenden Konsequenzen für das gegenwärtige polnisch-russländische Verhältnis.

- Unmittelbar nach Wiedererlangung staatlicher Eigenständigkeit Polens Ende 1918 führten Polen und Sowjetrussland im sogenannten polnisch-sowjetrussischen Krieg (bis zur Beendigung durch den Rigaer Frieden im März 1921) heftige militärische Auseinandersetzungen um strittige territoriale Fragen. Da keine der beiden Seiten ihre eigentlichen Ziele durchsetzen konnte, erwiesen sich die Ergebnisse als eine schwerwiegende und folgenreiche Belastung der Beziehungen zwischen Polen und Russland bzw. der UdSSR (und dies auch nicht zuletzt im kollektiven Bewusstsein der polnischen Gesellschaft).

- Schließlich ergaben sich auch im Zusammenhang mit dem II. Weltkrieg, seiner unmittelbaren Vorgeschichte und seinen Ergebnissen schwerwiegende Belastungen für das polnisch-sowjetische Verhältnis, die sich insbesondere auf polnischer Seite als gravierende Hindernisse für die Entwicklung gutnachbarlicher Beziehungen der Staaten und freundschaftlicher Beziehungen der Völker erwiesen. Ohne an dieser Stelle weitere detaillierte Erläuterungen dazu zu geben, seien lediglich die wichtigsten Problemkomplexe benannt. Auf sie wird etwas später zurückzukommen sein.

1. Der deutsch-sowjetische Nichtangriffspakt vom 23. August 1939 mit seinem geheimen Zusatzprotokoll über die gegenseitige Abgrenzung der Interessensphären der vertragschließenden Seiten „für den Fall einer territorial-politischen Umgestaltung der zum polnischen Staat gehörenden Gebiete“ und der darauf beruhende Einmarsch von Truppen der UdSSR in Gebiete des sich gerade opferreich gegen die Übermacht des deutsch-faschistischen Aggressors wehrenden polnischen Staaten am 17. September 1939. Einzuordnen ist hier auch die Rede des sowjetischen Außenministers Molotow vor dem Obersten Sowjet der UdSSR am 31. Oktober 1939 zur Ratifizierung des sowjetisch-deutschen Freundschafts- und Grenzvertrages vom 28. September 1939 mit der darin ausgesprochenen Genugtuung über das Verschwinden des polnischen Staates als eines „*missgestalteten Geschöpf(es) des Versailler Vertrages*“.¹ Dass dies nicht etwa die ganz persönliche Meinung Molotows war, ist spätestens seit der Veröffentlichung der Dimitroff-Tagebücher bekannt, in denen Dimitroff in einer Notiz vom 7. 9. 1939 über eine Beratung im Kreml (Stalin, Molotow, Shdanow) Stalins Position zu Polen wie folgt wiedergibt:

„- *Der polnische Staat war früher (in der Geschichte) ein Nationalstaat. Deshalb haben ihn die Revolutionäre gegen Teilung und Versklavung verteidigt.*

- *Heute ist er – ein faschistischer Staat, der Ukrainer, Weißrussen usw. knechtet. – Die Vernichtung dieses Staates unter den gegenwärtigen Bedingungen würde einen bourgeoisen faschistischen Staat weniger bedeuten!*

- *Was ist Schlechtes daran, wenn wir im Ergebnis der Zerschlagung Polens das sozialistische System auf neue Territorien und die Bevölkerung ausdehnen.*“²

2. Die Ermordung in sowjetische (Kriegs)gefangenschaft geratener polnischer Offiziere und Beamter des polnischen Staatsapparates durch das sowjetische NKWD auf der Grundlage des Beschlusses des Politbüros der WKP (B) vom 5. März 1940. Von nicht geringer Bedeutung, auch das sei an dieser Stelle zunächst nur erwähnt, erwies sich auch der Umgang der sowjetischen Führung mit diesem Kriegsverbrechen und dem verständlichen Wunsch der polnischen Seite (sowohl zu Zeiten der Existenz der VRP als auch nach 1989) nach vollständiger Aufklärung dieses Geschehens.

3. Probleme im Zusammenhang mit dem Warschauer Aufstand 1944 und der Haltung der UdSSR zu diesem, in der polnischen Öffentlichkeit bzw. für diese von antisozialistischen/antisowjetischen (und gegenwärtig prononciert antirussischen) Kreisen dargestellt als eine bewusst von Stalin getroffene Entscheidung zur Vernichtung oder zumindest erheblichen Schwächung des patriotisch-antisozialistischen Widerstandspotenzials Polens.

4. Einschätzungen zu den Ergebnissen des Krieges für Polen (Polen als Sieger oder Verlierer des Krieges? 1944 Befreiung oder Fortsetzung der Okkupation Polens? Status der Volksre-

publik Polen – unabhängiger souveräner Nationalstaat oder abhängiges Territorium außerhalb der eigentlichen Geschichte polnischer Staatlichkeit?)

Soweit ein ganz knapper Überblick über einige Hypothesen der Geschichte, die mitgedacht werden müssen, wenn man den Stand der polnisch-russländischen Beziehungen in der Gegenwart betrachtet und einzuschätzen versucht. Es sei ausdrücklich darauf hingewiesen, dass diese Nennungen um viele weitere ergänzt werden müssten, wenn es darum ginge, ein vollständiges Bild von den Lasten der Geschichte auf den Beziehungen zwischen Polen und der Russländischen Föderation in der Gegenwart zu zeichnen

2. Wichtige Konfliktfelder, die die Beziehungen Polen – Russländische Föderation in der Gegenwart besonders belasten

Aus der kurz skizzierten Übersicht über historische Hintergründe des gegenwärtigen Standes der Beziehungen Polen – Russländische Föderation ergeben sich aus meiner Sicht für eine etwas tiefer gehende Betrachtung in erster Linie die nachfolgend genannten Problemkreise bzw. Konfliktfelder. Die Reihenfolge der Nennung ist dabei nicht unbedingt identisch mit dem speziellen Gewicht der genannten Themenkomplexe. Zugleich sollte im Auge behalten werden, dass es zwischen den zu nennenden Komplexen vielfache Verzahnungen und Wechselwirkungen gibt, denen nicht in jedem Falle weiter nachgegangen werden kann, ohne den gesetzten Rahmen übermäßig auszudehnen.

Unter Berücksichtigung dieser Vorbemerkungen soll der Versuch unternommen werden, unter Berücksichtigung des verfügbaren Zeitfonds und der gebotenen Ausführlichkeit der Betrachtung nur einige Problemfelder etwas eingehender, auch unter dem Gesichtspunkt ihrer Entwicklung bis hin zum gegenwärtigen Stand der Dinge, ins Blickfeld zu rücken. Der Darstellung der Fakten und Vorgänge selbst wird dabei gegenüber eigenen Bewertungen der Vorrang eingeräumt.

Erstens geht es um einen großen Komplex von Problemen, die sich aus der geopolitischen Situation Polens unter besonderer Beachtung ihrer historischen Dimension ergeben. Ausgangspunkt ist der Hinweis darauf, dass sich im kollektiven Bewusstsein der polnischen Gesellschaft gewissermaßen axiomatisch die Ansicht verfestigt hat, dass es eine Art tragisches, durch seine geografische Lage bedingtes (und durch eine lange Geschichte belegtes) Schicksal Polens sei, zwischen mächtigen Nachbarn (*dem russischen Hammer und dem deutschen Amboss*) zu existieren, von denen stets eine potenzielle Bedrohung seiner Sicherheit und Existenz ausgeht.

Zweitens nimmt die unter dem Begriff Katyn zusammengefasste Ermordung Tausender polnischer Kriegsgefangener und Angehöriger polnischer Staatsorgane (der II. Republik) im Jahre 1940 durch den NKWD in Erfüllung eines Politbürobeschlusses der Kommunistischen Partei der Sowjetunion einen sehr bestimmenden Platz im Geflecht jener Probleme ein, die das polnisch-russländische Verhältnis nicht nur auf der Ebene der offiziellen staatlichen Beziehungen, sondern auch und gerade im Bewusstsein der breiten Massen belasten.

Wäre ein größeres Zeitvolumen verfügbar, müsste außer den genannten Problemkreisen unbedingt eingegangen werden auf:

Drittens: Polen und die UdSSR im II. Weltkrieg, wie bereits weiter oben angedeutet.

Viertens: Probleme im Zusammenhang mit der Energiesicherheit Polens und

Fünftens: Geschichtspolitik und die Rolle der Geschichte der polnisch-russländischen Beziehungen in aktuellen politischen Kämpfen der einflussreichsten politischen Kräfte um die Macht.

2.1 Zum Problemkreis der geopolitischen Situation Polens und sich daraus ergebender Konflikte und Probleme

Wie bereits angedeutet, ergibt sich aus der geopolitischen Situation Polens, verbunden mit historischen Erfahrungen, die sich im kollektiven Gedächtnis der polnischen Gesellschaft zu ziemlich fest verankerten Stereotypen verfestigt haben, ein breites Spektrum von Ressentiments, empfundenen Bedrohungen und Ursachen für bis in die unmittelbare Gegenwart hineinwirkende Spannungen und Konflikte. Sie alle hier im Einzelnen nachzuzeichnen wäre selbst

in gedrängter Darstellung nicht möglich. Die etwas ausführlichere Beleuchtung einiger aus diesem breiten Spektrum steht daher in gewissem Sinne exemplarisch für die vielen anderen nicht direkt benannten.

Zunächst einmal kann, gewissermaßen übergreifend, festgestellt werden, das fast alles, was mit Entwicklungen in Russländische Föderation oder gar Aktivitäten der Russländischen Föderation im internationalen Maßstab geschieht, fast instinktiv erst einmal unter der Fragestellung geprüft wird, ob sich dahinter nicht offen oder versteckt eine gegen Polen gerichtete Bosheit oder gar Feindseligkeit verbirgt. Ein vielsagendes Beispiel hierfür waren teils hysterische Reaktionen in der polnischen Medienlandschaft auf die deutsch-russländische Vereinbarung über den Bau der Ostseepipeline für die Lieferung von russischem Erdgas nach Deutschland im Jahre 2005, der sich auch der polnische Präsident Kwasniewski mit offen gezeigter Verärgerung nicht völlig entzog. Einflussreiche Presseorgane lancierten die Losung von „*Polen in der Zange*“, die bekannte Wochenzeitschrift „*Wprost*“ titelte mit dem Slogan von einem „*Schröder-Putin-Pakt*“ und unterlegte ihre Meldung mit einem Bild von der Unterzeichnung des deutsch-sowjetischen Nichtangriffspaktes durch Ribbentrop und Molotow.

Der Vollständigkeit halber sei hinzugefügt, dass auch in der Medienöffentlichkeit und im kollektiven Bewusstsein in der Russländischen Föderation der Blick auf Polen nicht immer von überströmender Freundlichkeit und Sympathie geprägt war und ist. Die graduellen Unterschiede sind jedoch nicht zu übersehen. Bemerkenswert in diesem Zusammenhang ist zum Beispiel die Tatsache, dass in demoskopischen Umfragen in Polen sich die erfassten Sympathiewerte zwischen 1993 und 2010 für „die Russen“ zwischen knapp 20 % und ebenso knapp über 30 % bewegten (und damit im untersten Bereich im Vergleich zu US-Amerikanern, Tschechen, Deutschen und Juden lagen). Die entsprechenden Werte für die Russländische Föderation bewegten sich in den Jahren 2000 bis 2011 im positiven Bereich zwischen fast 80 % und knapp 60 % (mit einem Minimum knapp über 50 % in den Jahren 2006/2007).³

Die zentralen Fragen der widerstreitenden Interessen und Politikansätze ranken sich dabei um die von den bestimmenden politischen Kräften in Polen definierten polnischen Sicherheitsinteressen und das Ringen um Positionen im postsowjetischen Raum. Unausgesprochen, aber dennoch deutlich auszumachen, geht die polnische Politik von einer latenten Bedrohung Polens aus, der mit allen Kräften gegenzusteuern sei. Mit deutlichen Bezügen zu den dramatischen Erfahrungen Polens am Vorabend und während des zweiten Weltkrieges hat die Frage der Sicherung der Existenz des polnischen Staates und seiner Unabhängigkeit durch sichere Bündnisbeziehungen höchste Priorität. Dem ruchlosen „Verrat“ der westeuropäischen Bündnispartner Frankreich und England wird nunmehr vom „demokratischen Polen“ nach dem „Sturz des Kommunismus“ und die dadurch errungene Unabhängigkeit die enge transatlantische Beziehung zum Bündnispartner USA entgegengestellt. Der Beitritt Polens zur NATO 1999 nach extrem kurzen Beitrittsverhandlungen konnte nicht anders, als die ohnehin nicht besonders konfliktfreien Beziehungen zur Russländischen Föderation (ungeachtet der Politik Jelzins als deren Präsident bis zur Amtsübergabe an seinen Nachfolger Wladimir Putin am 31. Dezember 1999) weiter schwer zu belasten.

Ungeachtet der Erklärung des polnischen Staatspräsidenten Alexander Kwasniewski anlässlich des Staatsbesuchs Putins in Polen im Dezember 2002, dass der NATO-Beitritt Polens und die zu dieser Zeit intensiven Bemühungen Polens um Aufnahme in die Europäische Union nicht als die Absicht Polens interpretiert werden sollten, nunmehr seinem östlichen Nachbarn den Rücken zuzuwenden, stellte das Vorrücken der NATO bis unmittelbar an die russländischen Grenzen eine mit den russländischen Sicherheitsinteressen kollidierende und konfliktträchtige Veränderung der geopolitischen Situation im östlichen Mitteleuropa dar.

Dies war eng verbunden mit intensiven Versuchen Polens und anderer Staaten der Region, den Einfluss der Russländischen Föderation im postsowjetischen Raum zurückzudrängen. Es ging dabei unter anderem um Bemühungen, das Erstarken der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS) zu erschweren und den eigenen Einfluss der nunmehr bereits der NATO angehörenden und in unterschiedlichen Phasen des Beitritts zur Europäischen Union befindlichen Staaten in dieser Region zu stärken. Symptomatisch und in ihrem Charakter unübersehbar gegen die Interessen und Bestrebungen der Russländischen Föderation im „nahen Ausland“⁴ gerichtet waren hier die Aktivitäten insbesondere Polens gegenüber der und in der Ukraine. Es war das erklärte Ziel der polnischen Politik (wobei Präsident Kwasniewski eine bemerkenswert aktive Rolle spielte), die dortige „orangene Revolution“ (2004) und damit die (gegen einen be-

trächtlichen Teil der in der östlichen Ukraine lebenden Bevölkerung) westorientierten politischen Kräfte, die, gestützt auf ihre Anhängerschaft in den westlichen Regionen der Ukraine, eine schnelle und auch formell abgesicherte Hinwendung zu „Europa“ verfolgten, zu unterstützen.⁵ In seinem Exposé über die Aufgaben der polnischen Außenpolitik erklärte der damalige Außenminister der Republik Polen vor dem Sejm am 15. 2. 2006 wörtlich: *„Wir werden danach streben, dass das Bündnis seine Politik der offenen Tür fortsetzt, das auch hinsichtlich der Ukraine. Die Einbeziehung dieses Landes in die NATO würde nicht nur das Bündnis stärken, sondern vor allem in fundamentaler Weise die geopolitischen Verhältnisse in unserer Nachbarschaft mit enormem Nutzen für Polen, die Ukraine und viele andere Staaten verändern.“*⁶ In gleichem Zusammenhang sprach er sich unter dem Beifall der Abgeordneten für gutnachbarschaftliche Beziehungen zur Russländischen Föderation aus – *„es läge in polnischem Lebensinteresse, dass sich östlich von der Grenze ein moderner russländischer Staat gestaltet, der seine Inspirationen nicht auf imperialem Gebiet sucht, sondern seine neue Identität aufbaut als demokratischer, zuverlässiger und kooperativer Staat, und insbesondere als guter Nachbar“*.⁷

Weiter zugespitzt wurde diese Richtung des Wirkens im postsowjetischen Raum nach der Übernahme der entscheidenden politischen Führungspositionen in Polen durch die Partei „Prawo i Sprawiedliwość“ (PiS) [Wahrheit und Gerechtigkeit] 2005 (Wahl des Stadtpräsidenten von Warschau, Lech Kaczyński, zum Staatspräsidenten und die Bildung einer von der PiS geführten Regierung nach den Wahlen zum Sejm). Sichtbarer Ausdruck dessen waren intensive Bemühungen Polens, Versuche einer Annäherung der Russländischen Föderation und der Europäischen Union zu behindern, bis hin zum polnischen Veto (im Streit um das russländische Verbot von Fleischimporten aus Polen) gegen die Verhandlungen EU – Russländische Föderation über die Erneuerung des Kooperationsabkommens Ende 2006. Dies fügte sich allerdings auch in verstärkte Bemühungen Polens ein, innerhalb der EU eine besonders gewichtige Rolle für die Ausrichtung der Ostpolitik der EU insgesamt einzufordern, was zu einer spürbaren Verärgerung nicht weniger EU-Mitglieder und einer zunehmenden Isolation Polens führte.⁸ Unerwähnt bleiben kann hier auch nicht der in der Russländischen Föderation mit großer Verstimmung aufgenommene demonstrative „Solidaritätsbesuch“ des polnischen Präsidenten Lech Kaczyński in Begleitung der Staatsoberhäupter der baltischen Staaten und der Ukraine in Georgien im August 2008. Zu dessen Ziel erklärte Lech Kaczyński in Warschau, man wolle demonstrieren, *„dass unsere fünf Staaten solidarisch mit einem Volk sind, das Opfer einer Aggression wurde ... Der russische Staat hat ein weiteres Mal sein wahres Gesicht gezeigt.“* Zugleich erklärten die Präsidenten der fünf Länder, ihre Ostpolitik zu koordinieren, um ihren Einfluss auf Entscheidungen Brüssels zu verstärken.

Im Herbst 2007 wandelten sich jedoch die politischen Verhältnisse in Polen durch den überwältigenden Wahlsieg der mit der PiS konkurrierenden Platforma Obywatelska (PO) [Bürgerplattform] unter Donald Tusk. Nachdem sich einerseits in der Ukraine innenpolitisch spürbare Veränderungen abzuzeichnen begannen und die offen konfrontative Politik der PiS-Politiker gegenüber der Russländischen Föderation sich für die Rolle Polens in der EU auch als Gefahr einer spürbaren Isolierung erwiesen hatte, bekundete die nunmehr die Regierung übernehmende PO ihre Intention, im Verhältnis zur Russländischen Föderation eine gemäßigttere Haltung an den Tag zu legen. In seiner Regierungserklärung erklärte Donald Tusk am 26. 11. 2007, dass die neue Regierung den Beziehungen zur Ukraine und zur russländischen Föderation sowie der Situation in Belarusland besondere Aufmerksamkeit widmen werde. *„Obwohl wir unsere eigene Sicht auf die Situation in Russland haben, wollen wir den Dialog mit Russland, so, wie es ist. Das Fehlen des Dialogs dient weder Polen noch Russland, schadet den Interessen und dem Ansehen beider Länder in der internationalen Arena. Daher bin ich überzeugt, dass die Zeit für eine Wendung zum Guten in dieser Frage herangereift ist. Es befriedigt mich, dass Signale von der Seite unseres östlichen Nachbarn bestätigen, dass auch dort diese Ansicht heranreift.“*⁹

In der Tat gab es in der unmittelbar darauf folgenden Zeit Anzeichen für eine partielle Entspannung in den Beziehungen Polen – Russländische Föderation. Treffen der Regierungschefs ermöglichten den beiderseits für notwendig erachteten Dialog (im Februar 2008 erfolgte – nach sechs Jahren erstmalig wieder – ein Besuch des polnischen Ministerpräsidenten in der Russländischen Föderation; am Rande des Weltwirtschaftsgipfels in Davos fand am 9. 1. 2009 ein intensives und von beiden Seiten als sehr konstruktiv bezeichnetes Gespräch Tusk – Putin statt. Putin nahm, nachdem am 30. 8. 2009 in der „Gazeta Wyborcza“ ein „Brief an die Polen“

(Karty historii – powód do wzajemnych pretensji czy podstawa pojednania i partnerstwa?) veröffentlicht wurde, an den auf der Westerplatte in Gdansk stattfindenden Gedenkfeierlichkeiten anlässlich des 70. Jahrestages des Überfalls Deutschlands auf Polen mit einer in Polen sehr aufmerksam aufgenommenen Rede teil). Bereits vor längerer Zeit geschaffene gemeinsame Konsultations- und Abstimmungsgremien erneuerten ihre Aktivitäten. Zu erwähnen wären insbesondere das Komitee für die Strategie der polnisch-russländischen Zusammenarbeit und die Wiederaufnahme der jährlichen Beratungen der gemeinsamen Regierungskommission für wirtschaftliche Zusammenarbeit.

Es wäre jedoch verfehlt, diese partielle Verbesserung des Klimas¹⁰ in den polnisch-russländischen Beziehungen so zu interpretieren, als wäre damit ein grundsätzlicher Wandel in den Beziehungen eingeleitet worden. Die Auseinandersetzungen um Anspruch und Einfluss im postsowjetischen Raum wurden beiderseits intensiv, wenn allerdings auch in zurückhaltenderer Weise (bei immer wieder erneut betonter Versicherung, dass sich keine der jeweiligen Aktivitäten gegen den Partner richte!) fortgesetzt.

Nachdem (aus hier leider nicht im Einzelnen darzustellenden Gründen) seit Mitte des ersten Jahrzehnts des Jahrhunderts Pläne einer schnellen Einbeziehung von aus dem Bestand der zerfallenen Sowjetunion entstandenen Staaten in die westlichen Bündnissysteme scheiterten, war es ein besonderes Anliegen der polnischen Außenpolitik, ungeachtet des Übergangs zum bereits erwähnten „Pragmatismus“ als Grundlage der Beziehungen zur Russländischen Föderation, neue Formen und Methoden für die Begrenzung des russländischen Einflusses im postsowjetischen Raum zu suchen und zu entwickeln. Als hilfreich erwies sich dabei das bereits 2004 entwickelte EU-Programm der „Europäischen Nachbarschaftspolitik“, für die von der EU-Kommission ein entsprechendes Strategiepapier beschlossen wurde.¹¹ Nach der BRD-EU-Ratspräsidentschaft im ersten Halbjahr 2007 entwickelte der polnische Außenminister Radosław Sikorski gemeinsam mit dem schwedischen Außenminister Carl Bildt Anfang 2008 ein Konzept zur Stärkung der östlichen Dimension der EU-Nachbarschaftspolitik, das in mehreren Zwischenschritten zum Beschluss des Prager EU-Gipfels (7. 5.2009) über die „Östliche Partnerschaft“ der Europäischen Union führte. Diese umfasst die Ukraine, Moldawien, Georgien, Aserbaidschan, Armenien und auch Belarus, mit denen anstatt der Mitgliedschaft in der EU „privilegierte“ Beziehungen entwickelt werden sollen, deren Qualität sich nach dem Maße der Identifizierung mit den „gemeinsamen Werten“ und deren Realisierung durch den jeweiligen Staat ausgestaltet werden solle.¹²

Dass die Russländische Föderation die Entwicklung hin zur förmlichen Beschlussfassung der „Östlichen Partnerschaft“ als eine mehr oder offene „Herausforderung“ im beiderseitigen Ringen um Einfluss in dem in der offiziellen Diktion als „nahes Ausland“ gefassten Raum betrachtete, ist in keiner Weise verwunderlich. Eine Zuspitzung von Konfliktsituationen, bis hin zu dem militärischen Konflikt zwischen der Russländischen Föderation und Georgien im Sommer 2008, war eine der Begleiterscheinungen dieser Entwicklungen.¹³

Zusammenhängend damit nahm auch die Schärfe des Tones in außenpolitischen Erklärungen der polnischen Seite zu. So etwa unmittelbar nach dem georgisch-russländischen Konflikt in der ersten Sitzung des Sejm nach der Sommerpause 2008 in einer Solidaritätserklärung mit Georgien, in der die Entschließungen des Europarates zur Situation im Kaukasus vom 1. 9. 2008 begrüßt wurde. Es müsse, so wurde weiter erklärt, die angemessene Antwort der NATO auf die Situation in Georgien sein, die Bemühungen für einen Beitritt Georgiens und der Ukraine in die NATO zu intensivieren. Die Europäische Union müsse konsequent die Politik der EU-Erweiterung nach Osten betreiben sowie innerhalb der Union den Integrationsprozess insbesondere in den Bereichen Außen-, Sicherheits- und Energiepolitik voranbringen.¹⁴ Und auch die im CNN-Interview des Außenministers Sikorski am 26. 10. 2008 geäußerte Besorgnis über die Erhöhung der Militärausgaben der Russländischen Föderation, die beweisen, dass Russland nicht mehr das westliche Gesellschaftsmodell anstrebe, sondern die innere Integration gegen Bedrohungen von außen forcieren, fügt sich hier ein.¹⁵

Ohne hier weiter auf Details des Ringens um Einfluss und Wirkungsmöglichkeiten im „postsowjetischen Raum“ als Konfliktpotenzial für die russländisch-polnischen Beziehungen eingehen zu können, erschließt ein kurzer Blick auf theoretische Politikansätze und strategische Konzeptionen der Russländischen Föderation ein besseres Verständnis dafür, dass die Außenpolitik der Russländischen Föderation dem postsowjetischen Raum nicht nur unter dem

Gesichtspunkt bilateraler Beziehungen oder der unmittelbaren Nachbarschaft zunehmendes Gewicht beimisst.

In jüngerer Zeit ist die Tendenz nicht zu übersehen, dass diese Region als geopolitisch wichtiger Faktor ein zunehmend größeres Gewicht in den Diskussionen um die Rolle der Russländischen Föderation als ernst zu nehmender „Spieler“ im Rahmen der sich als Folge der Globalisierung umgestaltenden Kräfteverhältnisse in der Gegenwart spielt. Sehr instruktiv fasst der Direktor des Instituts für Wirtschaftswissenschaften der Russländischen Akademie der Wissenschaften, Ruslan Grinberg, neue konzeptionelle Überlegungen und Zielstellungen der Außenpolitik der Russländischen Föderation, unter anderem auch unter dem Aspekt der Bedeutung des „nahen Auslands“, für die Ausgestaltung und Nutzung der globalen Verantwortung und Wirkungsmöglichkeiten der Russländischen Föderation als gleichberechtigter Mitgestalter globaler Prozesse zusammen.¹⁶ Er unterstreicht insbesondere, dass die Positionen der Russländischen Föderation in der Welt und die Beziehungen zum Westen in vielerlei Hinsicht vom Charakter der Beziehungen zum Westen in vielerlei Hinsicht vom Charakter der Beziehungen zu den im postsowjetischen Raum entstandenen Staaten abhängen. *„Ohne Übertreibung“*, schreibt er, *„könne man heute davon sprechen, dass die Zukunft der Russländischen Föderation, ihre [territoriale] Integrität und ihr Status in der Welt von den Ergebnissen der Politik des Landes im postsowjetischen Raum abhängen. Die Entwicklung des multilateralen Zusammenwirkens und der Integrationsprozesse im Raum der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS) sind als die Hauptrichtung (kljucevoje napravlenie) der Außenpolitik der Russländischen Föderation zu betrachten.“*¹⁷

Diese Aufgabenstellung für das Wirken des Außenministeriums der Russländischen Föderation enthält auch der Erlass des Präsidenten der Russländischen Föderation „Über Maßnahmen zur Realisierung des außenpolitischen Kurses der Russländischen Föderation“ vom 7. 5. 2012.¹⁸ Parallel und ergänzend zur allseitigen Stärkung der GUS als einer wichtigen Konsultations- und Abstimmungsebene ist die russländische Außenpolitik intensiv bemüht, weitere politische und ökonomische Zusammenschlüsse von aus der zerfallenen Sowjetunion entstandenen Staaten bzw. weiter gefasster internationaler Gruppierungen unter Teilnahme dieser Staaten zu gründen bzw. zu fördern. Besonderes Gewicht haben gegenwärtig neben der 2012 geschaffenen Zollunion der Russländischen Föderation, der Republik Belarus und Kasachstans die Eurasische Wirtschaftsgemeinschaft (Russländische Föderation, Kasachstan, Belarus, Kirgistan, Tadschikistan sowie als Beobachter Armenien, Moldawien und Ukraine; Usbekistan war Mitglied von 2006 - 2008) und nicht zuletzt auch die Shanghai-Organisation der Zusammenarbeit.

Der Anspruch der Russländischen Föderation auf die Wahrnehmung besonderer Verantwortung und Wirkungsmöglichkeiten, auch über die Ebene der sogenannten *soft-power* hinausgehend, im postsowjetischen Raum wird von russländischer Seite offen erhoben – und enthält natürlich ein nicht geringes Konfliktpotenzial. So ist es nicht verwunderlich, dass zum Beispiel Ergänzungen zum Verteidigungsgesetz der Russländischen Föderation, den Einsatz militärischer Kräfte außerhalb der Grenzen der Föderation betreffend, von Kreisen in Polen, die mal mehr, mal etwas weniger lautstark auf eine imperiale Politik und latente Aggressionsgefahr der Russländischen Föderation verweisen¹⁹, als eine eindeutige Bestätigung ihrer Warnungen gedeutet werden. Die im Oktober 2009 beschlossenen Ergänzungen zum Verteidigungsgesetz der Russländischen Föderation legen Grundsätze für den „operativen“ Einsatz der Bewaffneten Kräfte der Russländischen Föderation außerhalb der Grenzen der Russländischen Föderation fest (in, wie es im Gesetz heißt, Übereinstimmung mit den allgemein anerkannten Prinzipien und Normen des Völkerrechts sowie geschlossener Verträge der Russländischen Föderation). Unter den in der Gesetzesnovelle genannten vier Einsatzmöglichkeiten wurde die *„Verteidigung von Bürgern der Russländischen Föderation im Ausland im Falle bewaffneter Übergriffe auf sie“*²⁰ als eine Offenbarung der imperialen Intentionen der Russländischen Föderation gewertet.

2.2 Polen, die NATO und die polnisch-russländischen Auseinandersetzungen um den „Raketenabwehrschild“

In allen Diskussionen und politischen Debatten in Polen um die Sicherheit des Landes und die Notwendigkeit adäquater Reaktionen auf potenzielle Bedrohungen nimmt das Problem der polnischen Haltung zu dem von den USA seit Langem geplanten Projekt einer zuverlässigen Raketenabwehr einen außerordentlich großen Raum ein.

Unter Hinweis auf die mit der Zerstörung des New Yorker World Trade Center sichtbar gewordene Verwundbarkeit der USA trat die Regierung unter dem Präsidenten George W. Bush bekanntlich einseitig vom ABM-Vertrag zurück und kündigte damit die Verpflichtung gegenüber der Russländischen Föderation auf, keine strategischen Raketenabwehrsysteme zu entwickeln.²¹ In die europäische Komponente des daraufhin von den USA geplanten globalen Raketenabwehrsystems wurden bekanntlich Tschechien (Errichtung von Radaranlagen) und Polen (Stationierung von Abwehrraketen) einbezogen. Ungeachtet der mehrheitlichen Ablehnung in der öffentlichen Meinung beider Länder stimmten die Regierungen der beiden Neumitglieder der NATO dem zu.

Die polnische Regierung legte dabei besonderen Eifer an den Tag, da sie aus der Einbeziehung in das (offiziell gegen die von den USA ausgemachten „Schurkenstaaten“ gerichtete) System eine Stärkung Polens gegen potenzielle Bedrohungen seitens der Russländischen Föderation ableiten zu können als begründet betrachtete.

Die US-amerikanischen Pläne führten nicht nur zu einer rapiden Verschärfung der Spannungen zwischen der Russländischen Föderation und den USA²², sondern enthielten auch ein bis in die Gegenwart vorhandenes erhebliches Konfliktpotenzial für die polnisch-russländischen Beziehungen.

Auch nach den deutlichen atmosphärischen Wandlungen in den polnisch-russländischen Beziehungen nach dem Amtsantritt von Donald Tusk als polnischer Ministerpräsident änderte sich an der polnischen Haltung zu dem Raketenabwehrschild prinzipiell nichts. Die polnische Regierung brachte überdies in die Verhandlungen mit den USA ihre Erwartung ein, dass ihre Zustimmung zur Stationierung von Teilen des Raketenabwehrsystems in Polen durch US-amerikanische Gegenleistungen in Gestalt „einer aktiveren Rolle bei der Modernisierung der polnischen bewaffneten Kräfte“ honoriert werden, wie der polnische Außenminister Sikorski in seiner Grundsatzrede zur Außenpolitik der Republik Polen im Sejm am 7. 5. 2008 ausführte.²³ Dies, und nicht Visafragen, sei, so Sikorski, bezogen auf die Beziehungen Polen – USA die wichtigste Angelegenheit. Er bezog sich dabei ausdrücklich auf Zusagen des USA-Präsidenten Bush während der Gespräche mit Tusk in Washington am 10. 3. 2008.

Vertreter der Russländischen Föderation verwiesen ihrerseits mit Nachdruck darauf, dass die in unmittelbarer Nähe der russländischen Grenzen geplante Stationierung von Elementen des amerikanischen Raketenabwehrsystems, das entgegen anderslautenden Beteuerungen natürlich gegen die Russländische Föderation gerichtet sei, nicht einfach hingenommen werden könne. Als Reaktionen wurde die der neuen Lage entsprechende Weiterentwicklung von Systemen des russländischen Raketenarsenals und die Stationierung von Mittelstreckenraketen im Gebiet Kaliningrad angekündigt, sollte es nicht zu befriedigenden Verhandlungslösungen unter Berücksichtigung der berechtigten russländischen Sicherheitsinteressen kommen.

Die von dem Ende 2008 ins Präsidentenamt gewählten Barrack Obama mehr oder weniger auf Eis gelegten Pläne zum Ausbau der europäischen Komponenten des Raketenabwehrsystems änderten wenig Grundsätzliches an der Brisanz dieses Problems. Polen hat seine beständigen Forderungen nach strikter Erfüllung der mit den USA geschlossenen vertraglichen Vereinbarungen nicht aufgegeben, halbherzige und in sich oft widersprüchliche Erklärungen hochrangiger amerikanischer Diplomaten versuchen immer wieder, dem ständigen polnischen Drängen entgegenzukommen. Erfolgt ist inzwischen die Stationierung von ehemals in Deutschland stationierten amerikanischen Patriot-Raketen in Polen (nahe Ustka an der Ostseeküste). Die polnische Regierung ihrerseits erwägt die Entwicklung eines eigenen Systems zur Raketenabwehr, wodurch die eigentliche Zielrichtung der Bemühungen, nämlich weder Iran oder Nordkorea, sondern die Russländische Föderation, noch deutlich sichtbar geworden ist. Polens prinzipielle Haltung und praktische Maßnahmen auf der einen Seite und die nicht weniger deutliche Positionierung der russländischen Seite in dieser Frage sind gegenwärtig nach wie vor ein schwerwiegendes Hindernis für eine beide Seiten befriedigende Lösung.

Ergänzt werden diese sicherheitspolitischen Probleme, Konfrontationen und Konflikte durch gegenseitig misstrauisch beobachtete und entsprechend kommentierte militärische Aktivitäten beider Seiten. Auch in diesem Jahr (2013), wie bereits mehrfach in den zurückliegenden, rufen Manöver auf beiden Seiten der NATO-Grenze „ernste Bedenken“, „Besorgnisse“ und Gedankenspiele über notwendige Gegenmaßnahmen gegen die angebliche Bedrohung der Sicherheit der jeweiligen Seite hervor.

Dies betrifft in besonderem Maße die im Herbst dieses Jahres unmittelbar beiderseits der NATO-Grenze in Osteuropa durchgeführten Manöver „Zapad 2013“ (Russländische Föderation und Verbündete) und „Steadfast Jazz 2013“ (NATO und weitere Teilnehmer).

Bereits Anfang 2013 veröffentlichten die Russländische Föderation und Belarusland, die Hauptträger der geplanten Übung „Zapad 2013“, deren wesentliche Daten. Verbunden war dies mit der Einladung von Beobachtern aus NATO- und anderen interessierten Staaten, von denen mehr als 60 ihr Interesse bekundeten.²⁴ An der gemeinsamen Übung nahmen in Belarusland und der Russländischen Föderation (einschließlich des Gebietes Kaliningrad) mehr als 13 000 Militärangehörige und eine Vielzahl von Panzern, Flugzeugen und Einheiten der Baltischen Kriegsflotte der Russländischen Föderation teil. Als Ziele wurden neben der üblichen „Vervollkommnung des Zusammenwirkens“ von Stäben, Kommunikationssystemen, der Stärkung der Fähigkeiten der Luftstreitkräfte und der Luftverteidigung ausdrücklich die „*Bekämpfung illegaler bewaffneter Formationen und Blockierung ihrer Handlungsräume*“²⁵ genannt. Besorgten Hinweisen der Gegenseite auf die nach ihrer Ansicht für die genannten Ziele des Manövers außergewöhnlich große Anzahl von Soldaten sowie Panzern, Flugzeugen und Schiffen traten russländische Militärs mit dem Verweis auf Entwicklungen in den bewaffneten Auseinandersetzungen in Syrien entgegen, die ihrer Meinung nach die Maßstäbe von „Zapad 2013“ durchaus rechtfertigten.

Polnische Medien reagierten außerordentlich „besorgt“, um nicht den in russländischen und belorussischen Reaktionen anzutreffenden Begriff „hysterisch“ zu benutzen.²⁶ Wie dem auch sei, viele der Pressemeldungen und auch Fernsehsendungen, die sich diesem Ereignis zuwandten, bedienten unterschwellig oder auch offen in Polen ohnehin vorhandene „russophobe“ Ressentiments und Befürchtungen. So titelte die „Rzeczpospolita“ am Vorabend des Manövers ihren Bericht über das bevorstehende Manöver „*Moskau und Minsk ziehen in den Krieg*“²⁷. (Am Rande sei hinzugefügt, dass in diesem Zusammenhang eine im privaten Fernsehsender „Telewizja Republika“ zur Zeit des gerade stattfindenden Manövers „Zapad 2013“ ausgestrahlte Diskussion über die polnisch-russländischen Beziehungen, an der unter anderen der bekannte polnische Sowjetologe Prof. A. Nowak und der Chefredakteur des in Warschau erscheinenden „Rosyjski Kurier Warszawy“, Wladimir Kirianow teilnahmen, zu einem Aufsehen erregenden Eklat führte. Die Aussage Nowaks, dass Russland ruchlose Absichten verfolge und bereits zum dritten Mal nacheinander einen Atomwaffenangriff auf Polen übe und die erregten Entgegnungen Kirianows endeten vor laufender Kamera in tumultartigen Szenen. Schließlich verließen die Kontrahenten Nowak und Kirianow aufgebracht nacheinander unter Protest das Studio.²⁸)

In offiziellen politischen Kreisen Polens waren die Reaktionen auf das Manöver östlich der Landesgrenzen erheblich zurückhaltender. Außenminister Sikorski umging eine direkte und offene Kritik durch einen Verweis auf das vorangegangene Manöver „Zapad 2009“, das er, da unter anderem gegen einen angenommenen Aufstand der polnischen Minderheit in Belarus gerichtet, als offene Provokation Polens wertete. Ebenfalls ohne direkt konfrontative Position äußerte sich der Leiter des Büros für Nationale Sicherheit beim Präsidenten der Republik Polen, Stanislaw Koziej, der in einem Interview für die „Rzeczpospolita“ einerseits darauf verwies, dass Manöver für das Militär eines jeden Landes zur Normalität gehören, was die Nachbarn aber in jedem Falle auch sehr aufmerksam verfolgen, andererseits beantwortete er die ihm gestellte Frage, ob Polen in näherer Zukunft ein bewaffneter Konflikt mit einem Nachbarn drohe, eindeutig verneinend. Er fügte jedoch hinzu, dass niemand wisse, was in der näheren Zukunft geschehe, „*je weiter wir mit dieser Frage uns in die Zukunft bewegen, desto weniger ist es möglich, eine begründet beruhigende Antwort zu geben*“.²⁹

In zeitlicher Nähe zur Ankündigung des Manövers „Zapad 2013“ gab auch die NATO bekannt, dass ihrerseits in unmittelbarer Grenze der NATO in Osteuropa für den Herbst 2013 das Manöver „Steadfast Jazz 2013“ geplant wird. Es handele sich, wie mitgeteilt wurde, um eine Übung zur Vervollkommnung des Zusammenwirkens der in der NATO geschaffenen „NATO-Response-Forces“, im Deutschen allgemein als „schnelle Eingreiftruppe der NATO“ bezeichnet. Ziel des Manövers sei, wie es in einer Mitteilung des Kommandos der polnischen Landstreitkräfte vom 8. 10. 2013 heißt, die „Ausbildung und Überprüfung der NATO-Reaktionskräfte, der technisch hochwertig ausgerüsteten, multilateralen Kräfte hoher Einsatzbereitschaft, die sich aus Komponenten der Land-, Luft- und Seestreitkräfte sowie Spezialeinheiten zusammensetzen“.

Weitaus konkreter in der Angabe der realen Ziele und der politischen Rolle des NATO-Manövers in dieser Region waren dagegen polnische Medien. Eine diesem Manöver gewidmete Meldung brachte die „Rzeczpospolita“ am 22. 5. 2013 unter dem Titel „*Manewry NATO blisko Rosji*“ (NATO-Manöver in der Nähe Russlands), in der, gestützt auf den Sprecher des NATO-Kommandos, mitgeteilt wurde, dass das Manöver die Aufgabe habe, „*die Fähigkeit zur Verteidigung der Bündnispartner zu demonstrieren*“, ohne jedoch gegen einen konkreten Staat gerichtet zu sein.³⁰ Einen Monat später wurden die Schilderungen bereits sehr viel umfassender. Unter dem Titel „*Pol minuty lotu od granic Rosji*“ (Eine halbe Flugminute von den Grenzen Russlands entfernt) wurde die Öffentlichkeit am 27. 6. 2013 über weitere Details informiert. Als Teilnehmer wurden 20 NATO-Staaten sowie die Ukraine, Finnland und Mazedonien genannt. Zugleich wurde darauf verwiesen, dass dieses erste NATO-Manöver in Osteuropa in unmittelbarer Nähe zur Russländischen Föderation nicht geringe Emotionen hervorruft.³¹ Dabei wurde nicht vergessen, auf das kurz zuvor angesetzte Manöver „Zapad 2013“ hinzuweisen, und dies mit dem ganz unvermittelten Zusatz, dass die russländischen Generäle auch dafür bekannt sind, dem Westen mit Atomwaffen zu drohen.

Dass die russländische Seite die Vorbereitungen eines solchen Manövers mit großem Misstrauen und kritischer Distanz zu den politischen Implikationen begleitete, ist folgerichtig. Bereits in einer sehr frühen Phase, auf der Tagung des NATO-Russländische Föderation-Rates im Mai in Brüssel, wies der stellvertretende Verteidigungsminister der Russländischen Föderation, Anatoli Antonow, darauf hin, dass aus russländischer Sicht das Szenario von „Steadfast Jazz 2013“ sehr an den Kalten Krieg erinnere. In seiner Rede heißt es dazu weiter: „Bei der Vorbereitung auf das heutige Treffen prüften wir aufmerksam die von den Nato-Ländern erhaltenen Informationen über die Übung Steadfast Jazz 2013. Im russländischen Verteidigungsministerium löste das bekannt gegebene Ziel dieser Übung (kollektive Verteidigung bei einer Aggression gegen Polen) Befremden aus.“³²

Was die ständigen Äußerungen von Politikern und Militärs der NATO-Staaten, das sich das Manöver in keiner Weise gegen irgendeinen konkreten Staat richte, betrifft, halten belarussische Militärs in ihrer Internet-Plattform „Militärpolitische Umschau“ dem entgegen: „Geht man jedoch von dem Szenario ‚Steadfast Jazz 2013‘ aus, ergibt sich ein völlig gegensätzliches Bild. Gemäß den Planungen des Manövers entwickelt sich in Polen und den baltischen Staaten ein Kriegszustand, hervorgehend aus einer Verschärfung der Beziehungen zu einem starken Staat, der die regionale Führerschaft im östlichen Teil des europäischen Kontinents anstrebt. Mit dem Ziel der Regulierung der Situation in Polen und den Staaten des Baltikums werden Kräfte des Ersteinsatzes der NATO disloziert, die die Möglichkeit zur Entfaltung der Hauptkräfte der Allianz sichern. Es ist ersichtlich, dass das einzige Land, das über ein mächtiges militärisches Potenzial in Osteuropa verfügt, nur die Russländische Föderation ist. Die Organisatoren verbergen nicht einmal, dass die Manöver in unmittelbarer Nähe der russländischen Grenze stattfinden und die Luftstreitkräfte ihre Einsätze praktisch direkt über dem Grenzstreifen fliegen.“³³

2.3 Zum Problemkomplex „Katyn“

Neben den im bisherigen Überblick über Konflikt- und Spannungspotenziale, die sich aus geopolitischen und militärisch-sicherheitspolitischen Problemkreisen ergeben, ist eingangs bereits auf Belastungen des polnisch-russländischen Verhältnisses verwiesen worden, die sich aus der Geschichte ergeben.

Eine herausragende Rolle spielt dabei die unter dem Begriff „Katyn“ zusammengefasste Ermordung einer großen Anzahl von polnischen Offizieren und Mitarbeitern polnischer Staatsorgane im Jahre 1940 durch das NKWD der UdSSR sowie der Umgang der Führung der UdSSR bzw. der Russländischen Föderation mit diesem Verbrechen.

Angesichts umfangreich vorliegender Literatur zu diesem Problem kann hier auf Ausführungen zu dem Geschehen selbst verzichtet werden.³⁴ Von Bedeutung für das hier behandelte Thema ist jedoch der Umgang der sowjetischen/russländischen Seite mit diesem Problem, da sich insbesondere hieraus schwere Belastungen für die sowjetisch/russländisch-polnischen Beziehungen bis in die unmittelbare Gegenwart ergaben und ergeben.

Als bekannt vorausgesetzt werden kann der nach der Entdeckung der Massengräber ermordeter polnischer Offiziere in Katyn im Jahre 1943 und der vom Goebbels-Ministerium ver-

breiteten Information, dass es sich um Opfer von Erschießungen polnischer Offiziere durch sowjetische Täter handle, unternommene Versuch der sowjetischen Regierung, dieses Verbrechen der faschistischen Wehrmacht zuzuschreiben. Zur polnischen Exilregierung in London, die auf ihrer Version der sowjetischen Täterschaft bestand, wurden die diplomatischen Beziehungen abgebrochen. Die sowjetische Version wurde mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln in den Rang einer nicht zu bezweifelnden Wahrheit erhoben, ungeachtet der Tatsache, dass es im internationalen Maßstab nicht gelang, die daran bestehenden berechtigten Zweifel aus der Welt zu schaffen. Eine schwere Niederlage in den politischen Auseinandersetzungen um diese Frage erlitt die Sowjetunion im Zusammenhang mit dem Hauptkriegsverbrecherprozess in Nürnberg. Das ursprüngliche Vorhaben, Katyn als einen Bestandteil der Anklage in den Prozess einzubringen, erlitt mangels offensichtlicher Beweiskraft der sowjetischen Position ein deutliches Fiasko: Katyn tauchte im Nürnberger Urteil nicht mehr auf.³⁵ Als bekannt vorausgesetzt wird ebenfalls, dass „Katyn“ in der Sowjetunion und den Ländern der sozialistischen Staatengemeinschaft mehrere Jahrzehnte ein Tabu-Thema wurde, einer der sogenannten „weißen Flecken“, die in historischen Darstellungen faktisch keine Rolle spielten – mit Ausnahme Polens, wo zwar auch in der Politik und der offiziellen Geschichtswissenschaft über Katyn der Mantel peinlichen Schweigens gelegt wurde. Im gesellschaftlichen Bewusstsein hingegen war „Katyn“ stets in irgendeiner Weise präsent, zunehmend im Zuge der Entwicklung einer oppositionellen Bewegung. Bereits während der 70er Jahre und immer offener in dem darauf folgenden Jahrzehnt erhielt „Katyn“ schließlich einen festen Platz im kollektiven Bewusstsein sich ständig erweiternder Milieus und wurde somit zu einem die sich nach wie vor in Schweigen hüllende PVAP in arge Bedrängnis bringenden Faktor. Die Auswirkungen auf das polnisch-sowjetische Verhältnis waren gravierend.

Über einen langen Zeitraum bemühte sich die polnische Parteiführung, mit der KPdSU in ein konstruktives Gespräch zur Überwindung dieses und anderer Hindernisse für die Entwicklung der polnisch-sowjetischen Beziehungen zu kommen. Nach der Wahl Gorbatschows zum Generalsekretär der KPdSU 1986 verbesserten sich die Chancen dafür erheblich. Im April 1987 konnte zwischen den Parteiführungen der PVAP und der KPdSU eine „Deklaration über Zusammenarbeit auf ideologischem, wissenschaftlichem und kulturellem Gebiet“³⁶ vereinbart werden, in der beide Seiten sich unter anderem für gemeinsame Arbeiten zur Aufklärung der „weißen Flecken“ (dieser Terminus taucht hier erstmalig in einem offiziellen staatlichen Dokument auf) in der Geschichte der polnisch-sowjetischen Beziehungen aussprachen. Die Notwendigkeit, sich prioritär dem Problem Katyn zuzuwenden, unterstrich der polnische Historiker Marian Orzechowski, Mitglied des Politbüros der PVAP, in einem Interview mit dem sowjetischen Publizisten Leonid Pocuvalov Anfang 1988 mit den Worten: „Der tragischste dieser Flecken ist jedoch Katyn. Als Pole, der die Stimmung seines Volkes kennt, halte ich dies für eine Schlüsselfrage. Wenn wir sie nicht aufklären, verliert die Aufklärung anderer ‚weißer Flecken‘ jeden Sinn.“³⁷

Die Bereitschaft der politischen Führung der Sowjetunion zur Aufklärung der „weißen Flecken“ tendierte, ungeachtet der Schaffung einer gemeinsamen Parteikommission von Historikern beider Länder, gegen Null. Gorbatschow verwies mehrmals darauf, dass es nicht möglich sei, eine eindeutige Stellungnahme abzugeben, weil entweder nur Kopien vorlägen oder aussagefähige Dokumente überhaupt nicht aufzufinden seien. Ein erster Durchbruch wurde erst 1990 erzielt, nachdem Wojciech Jaruzelski einen vereinbarten Staatsbesuch in der UdSSR abzusagen drohte, wenn nicht sowjetischerseits endlich eine eindeutige Stellungnahme zu der nicht zu bezweifelnden Verantwortung sowjetischer Staatsorgane für die Ermordung Zehntausender polnischer Bürger erfolge. Am 16. 4. 1990, in unmittelbarem zeitlichen Zusammenhang mit dem Besuch Wojciech Jaruzelskis in Moskau, veröffentlichte TASS eine Erklärung, in der es hieß, *„dass für die Verbrechen im Wald von Katyn direkt verantwortlich Berija, Merkulow und deren Helfershelfer waren. Die sowjetische Seite erklärt ihre tiefe Anteilnahme im Zusammenhang mit der Tragödie von Katyn und stellt fest, dass es sich um eines der schweren Verbrechen des Stalinismus handelt.“*³⁸ Etwa zeitgleich veröffentlichte Prof. Jarema Maciszewski, der Leiter der polnischen Gruppe von Mitgliedern der gemeinsam von der KPdSU und PVAP gebildeten Kommission zur Aufarbeitung weißer Flecken, die ihre Arbeit eingestellt hatte, weil man sich in den wesentlichsten Fragen nicht einigen konnte, die Ergebnisse der Arbeit der von ihm geleiteten Sektion.³⁹

Erst 2002 wurde von den Staatsführungen Polens und der Russländischen Föderation (A. Kwasniewski und W. Putin) „beschlossen, einen in der Praxis der internationalen Kontakte ungewöhnlichen Mechanismus zu schaffen – eine ‚Gruppe zu schwierigen sich aus der Geschichte der polnisch-russländischen Beziehungen ergebenden Problemen‘“⁴⁰ (Grupa do Spraw Trudnych wynikajacych z historii relacji polsko-rosyjskich). Diese erzielte, trotz gewisser Anlaufschwierigkeiten, in einer sehr intensiven, konstruktiven und nach wie vor bestehende unterschiedliche Wertungen durchaus verdeutlichenden gemeinsamen Arbeit beeindruckende Ergebnisse, die gleichzeitig in Moskau und Warschau veröffentlicht wurden.⁴¹

Dem Katyn-Verbrechen ist in der gemeinsamen Publikation ein eigenes Kapitel gewidmet. Unter der gleichlautenden Überschrift „Der Prozess der Enthüllung der Wahrheit und das Gedenken an die Opfer“ legen Andrzej Przewoznik und Natalja S. Lebedeva die im wesentlichen übereinstimmenden Positionen der polnischen und russländischen Seite dar. Lebedeva stellt zusammenfassend fest, dass es sich, wie von den zuständigen russländischen Untersuchungsorganen mitgeteilt, bei der Ermordung der polnischen Staatsbürger, für deren Tod Stalin, Mikojan, Kalinin, Kaganowitsch, Beria und andere leitende Funktionsträger sowie Mitarbeiter des NKWD, die die Ermordung vollzogen haben, schuldig sind, um Verbrechen nach dem Art. 6/a, b und c des Status des Nürnberger Kriegsverbrechertribunals handelt, also um Verbrechen gegen den Frieden, Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit.⁴²

Einen erheblichen Fortschritt beim Abbau der historisch bedingten Konflikte brachten das Jahr 2009 und auch das in seinen Folgen sehr widersprüchliche Jahr 2010. Wie bereits in anderem Zusammenhang erwähnt, markierte die Teilnahme W. Putins als Ministerpräsident der Russländischen Föderation an der Gedenkveranstaltung anlässlich des 70. Jahrestages des Ausbruchs des zweiten Weltkrieges in Gdansk einen wichtigen Schritt auf dem schwierigen Weg zu einer grundlegenden Verbesserung der polnisch-russländischen Beziehungen. Sein am Vorabend der Veranstaltung in der *Gazeta Wyborcza* veröffentlichter „Brief an die Polen“ war ein Aufruf, nicht die Probleme der Vergangenheit, sondern die Gestaltung einer konfliktfreien Zukunft in den Mittelpunkt der bilateralen Bemühungen um ein gutnachbarschaftliches Verhältnis zu stellen. Gegen alle Versuche, die jüngere Geschichte einseitig politisch zu instrumentalisieren, polemisierend, unterstrich er mit Nachdruck die Notwendigkeit, offensichtliche Fehlentscheidungen als solche zu benennen und zu verurteilen. Dies habe, wie er sagte, der Kongress der Volksdeputierten der UdSSR 1989 auch bereits bei der Bewertung des deutsch-sowjetischen Nichtangriffspakts von 1939 als „amoralisch“ getan. Es sei aber ungeachtet dessen nicht akzeptabel, diesen Vertrag als einzigen „Abzugshahn“ für die Auslösung des zweiten Weltkrieges zu betrachten, ohne die gesamte Geschichte der Zwischenkriegszeit und insbesondere der 30er Jahre in die Bewertung mit einzubeziehen.⁴³

Im Gefolge dieser Intensivierung der Kontakte zwischen den Ministerpräsidenten beider Länder erfolgte schließlich die Einladung W. Putins an D. Tusk, anlässlich des 70. Jahrestages des Verbrechens von Katyn am 7. 4. 2010 in Katyn gemeinsam die dort und an anderen Orten begrabenen Opfer der Stalinschen Verbrechen zu ehren. Der Präsident der Republik Polen, Lech Kaczynski, ungehalten über die auf der Ebene der Ministerpräsidenten vereinbarten gemeinsamen Ehrungen der Opfer in Katyn, beschloss daraufhin, in Begleitung einer hochrangigen Delegation von Vertretern des öffentlichen Lebens Polens, wenige Tage später eine eigene (polnische) Ehrung der ermordeten Polen an gleicher Stelle vorzunehmen.

Die Flugzeugkatastrophe von Smolensk vom 10. 4. 2010, der alle Passagiere und die Besatzung der Präsidentenmaschine zum Opfer fielen, rief auch in der Russländischen Föderation eine Welle aufrechter Anteilnahme und Trauer hervor. Das erneute Zusammentreffen der Regierungschefs beider Länder am Ort der Katastrophe, deren ostentative Umarmung dort als Zeichen gemeinsamer Betroffenheit, aber auch die Tatsache, dass im russländischen Fernsehen mit der Ausstrahlung des Films „Katyn“ von Andrzej Wajda erstmalig und mit nachhaltiger Wirkung der breiten Öffentlichkeit in der Russländischen Föderation in einer künstlerisch sehr anspruchsvollen Darstellung die volle Wahrheit über das vordem verschwiegene oder gar verfälschte Geschehen aus dem Jahre 1940 vor Augen geführt wurde, gaben Anlass zu der Erwartung, dass sich nicht nur auf hoher politischer Ebene, sondern auch in der Bevölkerung beider Länder neue Einstellungen durchsetzen würden. Im Rückblick titelte ein Jahr später die *Gazeta Wyborcza* „Die Wunden von Katyn vernarben allmählich“.⁴⁴

Etwas undifferenziert kann in der Tat festgestellt werden, dass die Sprengkraft des Katyn-Komplexes für die Entspannung der polnisch-russländischen Beziehungen erheblich reduziert

werden konnte.⁴⁵ Es gibt gegenwärtig eigentlich nur noch drei wirklich strittige Fragen in diesem Zusammenhang. Erstens wird ein Streit darum geführt, dass viele Vertreter der politischen Öffentlichkeit Polens das Verbrechen von Katyn als Völkermord zu kategorisieren bemüht sind, zweitens gibt es in Polen starke Forderungen nach Wiederaufnahme der in der Russländischen Föderation 2005 eingestellten strafrechtlichen Ermittlungen in dieser Sache mit Bezügen zu Forderungen nach individueller Rehabilitierung der Opfer und drittens fordert Polen intensiv die Freigabe eines noch immer der Geheimhaltung unterliegenden Restbestandes vorhandener Akten, nachdem der größte Teil bereits freigegeben und an Polen übergeben wurde.

2.4 „Geschichtspolitik“ und die Rolle der Geschichte der polnisch-russländischen Beziehungen in aktuellen politischen Kämpfen der einflussreichsten politischen Kräfte um die Macht in Polen

Bereits einleitend wurde darauf verwiesen, dass ein Überblick über den aktuellen Stand der Beziehungen zwischen Polen und der Russländischen Föderation den jeweiligen Umgang mit den zwischenstaatlichen Beziehungen beider Länder und ihrer Geschichte nicht unberücksichtigt lassen kann. Geschichtspolitik im Sinne der bewussten Einflussnahme einflussreicher politischer Kräfte auf Schwerpunktsetzungen der Interpretation und Vermittlung der jeweiligen nationalen Geschichte und ihrer gezielten Nutzung als Argumentationsarsenal in sehr gegenwärtigen politischen Auseinandersetzungen spielen, unabhängig davon, in welchem Maße und mit welchem Erfolg sich die Fachhistoriker dieser politischen Instrumentalisierung ihres Gegenstandes entziehen oder gar widersetzen, nicht nur in den hier zur Rede stehenden Ländern eine zunehmende, eine sehr spürbare Rolle. Es ist insofern keineswegs ein Zufall, dass gerade Polen und die Russländische Föderation bereits vor längerer Zeit überein gekommen waren, hochrangig besetzte gemeinsame Gremien zu installieren, die sich zunächst vergeblich, so dann aber doch mit nicht geringem Erfolg der Aufgabe stellten, so weit wie möglich gemeinsame Standpunkte zu „schwierigen Fragen, die sich aus den polnisch-russländischen Beziehungen ergeben“, zu erarbeiten.⁴⁶

In diesem Zusammenhang ist hinzuzufügen, dass seit längerer Zeit in Polen ein verstärktes Bestreben zu bemerken ist, von politischer Seite Problemen der Nationalgeschichte erhöhte Aufmerksamkeit zuzuwenden und bewusst der Geschichtspolitik (polityka historyczna) nachhaltige Förderung zuteil werden zu lassen.⁴⁷ Einen spürbaren Höhepunkt zeigten diese Entwicklungen insbesondere in jenen Jahren, in denen die PiS maßgeblichen Einfluss auf die zentralen politischen Instanzen im Staate ausübte. Erziehung zu wahrem Patriotismus, hohe Wertschätzung der staatlichen Unabhängigkeit, kritische Distanz zu allen vermeintlichen oder auch nur im Ansatz drohenden Anzeichen „fremden“ Einwirkens auf nationale Entscheidungen oder gar „Bedrohungen“ für die uneingeschränkte „Souveränität“ und strikte Ablehnung jeglichen kritischen Hinterfragens der von staatlich geförderten Institutionen vorgegebenen Geschichtsinterpretation wurden zu konstitutiven Elementen der vom „Institut für das nationale Gedenken“ (IPN – Instytut Pamięci Narodowej) und einflussreichen Medien der politischen Rechten (von der „Rzeczpospolita“ über „Nasz Dziennik“ und „Gazeta Polska“ sowie verschiedene private Fernsehstationen wie „Telewizja Republika“ bis hin zu dem vom Redemptoristenpater Rydzyk geschaffenen Medienimperium) geprägten Geschichtspolitik. Geschichte und Gegenwart der polnisch-sowjetischen/russländischen Beziehungen erfreuen sich dabei besonderer Beliebtheit. Aus der Sicht der Träger und Förderer dieser Spielart geschichtspolitischen Wirkens erscheinen sie offensichtlich als besonders geeignet, eine wichtige Rolle für die Umsetzung der Strategie spielen zu können, traditionell vorhandene russophobe Grundstimmungen aufzunehmen und sie für die Gewinnung einer möglichst großen Anhängerschaft für die Durchsetzung der eigenen Ziele in dem erbittert geführten Kampf um die politische Vorherrschaft nutzbar zu machen. In diesen in der polnischen Öffentlichkeit nicht zu Unrecht oft als „polnisch-polnischer Krieg“ bezeichneten Auseinandersetzungen zwischen der PiS und der PO, um es etwas vereinfacht zu sagen, nimmt die Flugzeugkatastrophe von Smolensk seit 2010 einen immer stärker ins Gewicht fallenden Platz ein. Bereits unmittelbar nach der Katastrophe wurde seitens der PiS die in ihrem Einflussbereich an Akzeptanz gewinnende These verbreitet, dass der Tod des Präsidenten Lech Kaczyński und seiner Begleitung nicht Resultat einer „normalen“ Flugzeugkatastrophe sei, sondern bewusst herbeigeführt worden ist. Spielarten und aufwändige Unternehmungen zur Stützung dieser Thesen, die mit geradezu fanatischer Energie und Beständig-

keit seit nunmehr bereits mehr als drei Jahren verbreitet werden und nicht wirkungslos bleiben, hier im Einzelnen nachzuzeichnen, würde jeden Rahmen sprengen.

Grundtenor und Atmosphäre der bis heute in verschiedenen Varianten andauernden Kampagne gegen die Regierung Tusk und deren „Lügen, Verheimlichungen und Verdrehungen“ gibt ein kleiner Auszug aus einem Bericht von Vorkommnissen in Warschau anlässlich des ersten Jahrestages der Flugzeugkatastrophe von Smolensk wieder: *„Die Smolensker Katastrophe ist Mord, die Regierung und der Präsident sind Verräter und Polen muss erwachen. Unter diesen Losungen begingen die PiS und ihre Anhänger den Jahrestag des 10. April 2010. Ihre Sonntagsdemonstration vor dem Präsidentenpalast füllte die ganze (Straße) Krakowskie Przedmiescie aus. [...] Es fing am Sonnabend an. Gegen 18 Uhr kamen, zusammengerufen von den Klubs der 'Gazeta Polska', 1000 Personen vor der russischen Botschaft zusammen. Sie hatten eine Puppe Wladimir Putins dabei und Transparente mit den Aufschriften ‚Putin – Mörder, Tusk – Verräter‘, ‚Katyn-Mord 1940, Smolensk-Mord 2010‘. Andrzej Gwiazda, einer der Gründer der ‚Solidarnosc‘, verkündete: ‚Polen ist gegenwärtig nicht weniger bedroht als zur Zeit der Teilungen.‘*

An der Spitze des russischen Volkes steht ein professioneller Mörder, der keine Skrupel hat – erklärte der Chef der ‚Gazeta Polska‘, Tomasz Sakiewicz. Den Politikern der PO riet er, ‚dahin zurück zu fahren, wo ihre Herkunft ist, und sich zusammen mit den Russen in der Sonne Sibiriens zu verbrennen‘. Die Demonstranten schrien daraufhin: ‚Nieder mit der PO!‘ Der letzte Akzent war das Verbrennen der Puppe des Ministerpräsidenten Russlands Wladimir Putin. Dann zogen die Demonstranten zum Präsidentenpalast. Am Belvedere-Palast vorbeiziehend riefen sie: ‚Komorowski, ab nach Moskau!‘⁴⁸

Es bleibt festzuhalten, dass es sich bei den geschilderten und anderen bis zur Gegenwart andauernden antirussischen Ausfällen nicht um die offizielle politische Linie der polnischen Regierung oder gar der Mehrheit der polnischen Bevölkerung handelt. Aber dennoch sind diese natürlich eine nicht zu unterschätzende Belastung der gegenwärtigen polnisch-russländischen Beziehungen. Nicht ganz zu Unrecht hat sich daher der Botschafter der Russischen Föderation in Polen, Aleksander Alekseev, in einem Fernsehinterview nach dem „Marsch der Unabhängigkeit“ am 11. 11. 2013 darüber beklagt, dass in keinem anderen Land der Welt so viele negative Informationen über Russland verbreitet werden wie in Polen.⁴⁹

Hinzugefügt werden muss an dieser Stelle, dass „Geschichtspolitik“ in dem kurz skizzierten Sinne auch in der Russländischen Föderation nicht unbekannt ist und nicht immer eine besonders förderliche Rolle für den „Blick in die Zukunft“ spielt, soweit es um die russländisch-polnischen Beziehungen geht. Wie in Polen, wo 1998 das bereits erwähnte „Institut für Nationales Gedenken“ gegründet wurde, das mit klar antikommunistischer (was antisowjetische einschloss) Orientierung ein den neuen gesellschaftlichen Gegebenheiten Polens nach 1989 der offiziellen „political correctness“ entsprechendes und förderndes Geschichtsbild zu schaffen beauftragt war und dem mit einer erheblichen finanziellen Ausstattung gerecht zu werden versuchte, ergriff auch die politische Führung der Russländischen Föderation Maßnahmen zur Sicherung des „politisch korrekten“ Einflusses auf das Geschichtsbild. Mit Erlass des Präsidenten der Russischen Föderation vom 15. 5. 2009 erfolgte die Gründung einer „Kommission beim Präsidenten der Russischen Föderation zur Bekämpfung von Versuchen der Verfälschung der Geschichte zum Schaden der Interessen Russlands“.⁵⁰ Auf eine ausführliche Darstellung der Aufgaben und Ziele, der Arbeitsweise sowie der Zusammensetzung der Kommission kann hier verzichtet werden. Fragen der sowjetisch/russländisch-polnischen Beziehungen spielten allerdings für die genannte Kommission eine geringere Rolle als der gleiche Problemkomplex in Polen. Erheblich bedeutsamer waren in dieser Beziehung die Arbeit der schon genannten polnisch-russländischen Kommission für die schwierigen Probleme der beiderseitigen Beziehungen und deren Ergebnisse, während die zur Bekämpfung von Versuchen der Verfälschung der Geschichte gebildete Kommission in der Russländischen Föderation sich stärker Fragen der Darstellung der Rolle der UdSSR vor, im und nach dem zweiten Weltkrieg zuwandte. Dazu erschienen, gefördert von der Kommission oder verfasst von ihr angehörenden Autoren, eine Reihe von Publikationen (zu nennen wäre hier in erster Linie Prof. Natalja Narošnickaja). Die Kommission stellte allerdings im März 2012, zur Überraschung vieler Beobachter, als eine beim Präsidenten der Russländischen Föderation angegliederte Gruppe ihre Tätigkeit ein.⁵¹ Von spürbaren Auswirkungen des Bestehens dieser Kommission auf den Stand oder gar Probleme

der gegenwärtigen russländisch-polnischen Beziehungen kann im Übrigen kaum die Rede sein.

Anmerkungen

* Einführungsvortrag auf der Donnerstag-Veranstaltung des Arbeitskreises am 14. November 2013.

- 1 Molotow, W.: Über die Aussenpolitik der UdSSR. Bericht des Vorsitzenden des Rates der Volkskommissare der UdSSR und Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten auf der außerordentlichen fünften Tagung des Obersten Sowjets der UdSSR am 31. Oktober 1939. Verlag für Fremdsprachige Literatur, Moskau, 1939, S. 6.
- 2 Georgi Dimitroff: Tagebücher 1933 – 1943. Berlin (Aufbau Verlag), 2000, Bd. 1, S. 274.
- 3 Vgl. Polen-Analysen Nr. 114 (2. 10. 2012), S. 7 ff. (www.laender-analysen.de/polen).
- 4 Zum Begriff und Rolle des "nahen Auslands" in der Außenpolitik der Russländischen Föderation in den 90er Jahren des 20. Jh. Vgl. Alexandrova, Olga: Russland und sein „nahes Ausland“: Integrationsvorstellungen und Ansätze der russländischen Integrationspolitik. Bericht des BIOst Nr. 20/1995.
- 5 Eine sehr detaillierte Untersuchung der polnischen Ukraine-Politik ist Gegenstand der 2010 an der Freien Universität verteidigten Dissertation von Weronika Priesmeyer-Tkocz „Polen und die Europäisierung der Ukraine“.
- 6 Zitiert nach der offiziellen polnischen Fassung: <http://orka2.sejm.gov.pl/Debata5.nsf/main/08C3C8D3>
- 7 Ebenda.
- 8 Dazu ausführlicher Cwiek-Karpowicz: Polski resetw stosunkach z. Rosja. In: Polski Przegląd Dyplomatyczny. 2011/3, S. 73 – 84.
- 9 <http://www.rp.pl/artykul/71439.html>
- 10 In einer sehr instruktiven Betrachtung unter dem Titel „Klimawandel oder Zwischenhoch? Die neue Sachlichkeit in den polnisch-russischen Beziehungen“ geht Kai-Olaf Lang, Mitarbeiter der Stiftung Wissenschaft und Politik (Berlin), auf wesentliche Aspekte und Hintergründe dieser Wandlungen im polnisch-russländischen Verhältnis nach der Übernahme der Regierungsgeschäfte durch die Platforma Obywatelska unter Ministerpräsident Tusk ein. Veröffentlicht in den bereits genannten Polen-Analysen, Nr. 73 (6. 7. 2010), S. 2 – 9.
- 11 Detailliertere Informationen abrufbar: Web-Seite der EU-Kommission „Europäische Nachbarschaftspolitik“ (http://ec.europa.eu/world/enp/policy_de.htm).
- 12 In dem bereits erwähnten Strategiepapier der EU-Kommission werden die für die Partner der „privilegierten Beziehungen“ verpflichtenden Werte wie folgt beschrieben: „Die privilegierte Partnerschaft mit den Nachbarn beruht auf einer gegenseitigen Verpflichtung auf gemeinsame Werte in erster Linie in den Bereichen Rechtsstaatlichkeit, verantwortungsvolles Regieren, Achtung der Menschenrechte einschließlich der Minderheitenrechte, Förderung gutnachbarschaftlicher Beziehungen und die Prinzipien der Marktwirtschaft und der nachhaltigen Entwicklung. Ferner wird ein Engagement für bestimmte wesentliche Aspekte des auswärtigen Handelns der EU angestrebt, darunter insbesondere die Bekämpfung des Terrorismus und der Verbreitung von Massenvernichtungswaffen sowie die Zuhaltung des Völkerrechts und Anstrengungen zur Konfliktlösung.“
- 13 Eine ausführliche Darstellung der Reaktionen der Russländischen Föderation auf die Östliche Partnerschaft aus polnischer Sicht gibt Jaroslaw Cwiek-Karpowicz: Rosja wobec wschodniego sasiedztwa Unii Europejskiej – problemy z realizacją koncepcji *soft power*. In: Sprawy Międzynarodowe. 2011/4, S. 57 – 68.
- 14 Polen-Analysen Nr. 38 (16. 9. 2008), S. 13.
- 15 Polen-Analysen Nr. 41 (4. 11. 2008), S. 13.
- 16 Grinberg, Ruslan: O novej koncepcii vnešnej politiki Rossijskoj Federacii. In: Meždunarodnaja Žizn'. 2012/12, S. 72 – 89.
- 17 Ebenda, S. 83.
- 18 Ukaz No. 605 „O merach po realizacii vnešnepolitieseskogo kursa Rossijskoj Federacii“. <http://www.kremlin.ru/acts/15256>.
- 19 Eine herausragende Rolle in diesen Kreisen spielt u. a. Prof. Andrzej Nowak, Universität Krakow, einer der führenden polnischen Sowjetologen, Leiter der Arbeitsstelle für Geschichte der UdSSR und Osteuropas der PAN.
- 20 <http://news.kremlin.ru/acts/5935>
- 21 Näheres dazu siehe: Raketenabwehr in Europa – die Diskussion in den USA, Tschechien, Polen und Russland. Diskussionspapier der Konrad-Adenauer-Stiftung. August 2007. www.kas.de/db_files/dokumente/7_dokument_dok_pdf_11771_1.pdf
- 22 In seiner Rede auf der Münchener Sicherheitskonferenz im Februar 2007 polemisierte W. Putin insbesondere gegen die entgegen vorheriger Zusagen der amerikanischen Administration erfolgte Erweiterung der NATO bis unmittelbar an die Grenzen der Russländischen Föderation, wofür es für die NATO als „Verteidigungsbündnis“ aus der Zeit des Kalten Krieges nicht den geringsten Grund gäbe, sondern auch gegen die Pläne der Errichtung eines Raketenabwehrsystems, das wegen der einseitigen potenziellen Entwertung der russländischen Raketenarsenale als Bestandteil des strategischen Gleichgewichts von Russland nicht akzeptiert werden könne. <http://www.kremlin.ru/text/appears/2007/02/118109.shtml>
- 23 <http://stosunki-miedzynarodowe.pl/teksty-zrodlowe/przemowienia/1131-expos-ministra-spraw-zagracznych-radoslaw-sikorskiego-w-sejmie-7-maja-2008-r>
- 24 Siehe Information der russländischen Nachrichtenagentur ITAR-TASS v. 20. 9. 2013. <http://www.itar-tass.com/c13/883374.html>
- 25 Ebenda.
- 26 Vgl. u. a.: SMI Pol'su i «Zapad - 2013». <http://www.belvpo.com/ru/30017.html>
- 27 <http://www.rp.pl/artykul/68342,1049465-Moskwa-i-Minsk-ida-na-wojne.html>
- 28 Zaczynali w czterech, skonczyli w dwoch. Goscie wychodzili z programu Wildsteina. http://wyborcza.pl/1,75478,14670838,Zaczynali_w_czterech_skonczyli_w_dwoch_Goscie_wychodzili.html?as=2;
- 29 <http://www.rp.pl/artykul/107684,1004972-Koziej--Rosja-wywiera-presje-na-Polske.html>
- 30 <http://www.rp.pl/artykul/115223,1011418-Manewry-NATO-blisko-Rosji.html>
- 31 <http://www.rp.pl/artykul/102465.html>
- 32 http://de.ria.ru/security_aand_military/20130725/266546417.html

- 33 <http://www.belpo.com/ru/30367.html>
- 34 Verwiesen sei hier insbesondere auf Kaiser, Gerd: Katyn. Das Staatsverbrechen – das Staatsgeheimnis. Berlin (Aufbau Taschenbuch Verlag) 2002 (mit einem umfangreichen Dokumentenanhang und Literaturverzeichnis) und Madajczyk, Czeslaw: Das Drama von Katyn. Berlin 1991 (ebenfalls mit einem umfangreichen Dokumentenanhang). Empfehlenswert ist zudem die sehr informative Darstellung aus russländischer Sicht von: Jaźborovskaja, I. S./Jaablokov, A. J./Parsadanova, V.S.: Katynskij sindrom v sovetsko-pol'skich i rossijsko-pol'skich otnošenijach. Moskva (ROSSPÉN) 2009, 517 S.
- 35 Dazu ausführlich: Basak, Adam: historia pewnej mistyfikacji. Zbrodnia katynska przed Trybunalem Norymberskim. Wroclaw (Wydawn. Uniwersytetu Wroclawskiego) 1993.
- 36 Deklaracja o polsko-radzieckiej współpracy w dziedzinie ideologii, nauki i kultury. Moskwa, 21 kwietnia 1987 r. In: Polska w stosunkach międzynarodowych 1945 – 1989. Wybór dokumentów. Wybór i opracowanie Justyna Zajac. Warszawa 2005, S. 118.
- 37 Poczivalow, Leonid: Polacy i my. Narzuciliśmy stalinizm, narzuciliśmy breźniewszczyźne ... In: Polityka. Nr. 15 (1667), 15. 4. 1989, S. 13.
- 38 Zit. Aus Kaiser, Gerd: Katyn. Das Staatsverbrechen – das Staatsgeheimnis. Berlin 2002, S. 371 f. (Dok. Nr. 97 des Dokumentenanhangs).
- 39 Jarema Maciszewski: Zbrodnia katynska. Z prac polskiej części wspólnej Komisji Partyjnych Historyków Polski i ZSRR. Warszawa 1990.
- 40 Ausführlich zu diesem Komplex: Mehls, Eckart: Zur Arbeit der russländisch-polnischen Gruppe zu schwierigen Problemen der Geschichte der russländisch-polnischen Beziehungen und den bisherigen Ergebnissen ihres Wirkens. Vortrag in der Klasse für Sozial- und Geisteswissenschaften am 13. Oktober 2011. In: Beiträge der Leibniz-Sozietät der Wissenschaften zu Berlin 113 (2012), S. 109 – 130.
- 41 Białe plamy czarne plamy. Sprawy trudne w polsko-rosyjskich stosunkach 1918 – 2008. Pod redakcją Adama Daniela Rotfelda i Anatolija Torkunowa, Warszawa 2010.
- 42 Ebenda, S. 358.
- 43 Stranicy istorii – povod dlja vzaimnyh pretenzij ili osnova dlja primirenija i partnerstva? Statija W. W. Putina v „Gazeta wyborcza“ (Pol'sha). 31 avgusta 2009 g. <http://premier.gov.ru/premier/press/world/4807>
- 44 Rana Katynia powoli sie zabliznia. Gazeta Wyborcza, 12. 04. 2011. http://wyborcza.pl/1,90913,9417950,Rana_Katynia_powoli_sie_zabliznia.html
- 45 Ausführlicher dazu Cwiek_Karpowicz, Jaroslaw: Die polnisch-russländischen Beziehungen nach der Flugzeugkatastrophe von Smolensk. In: Polen-Analysen 114 (02. 10. 2012), S. 2 – 7.
- 46 Siehe Anm. 40.
- 47 Sie dazu ausführlicher Mehls, Eckart: Geschichtspolitik in der Strategie der Gestaltung der „IV. Republik“ in Polen. In: Osteuropa in Tradition und Wandel. Leipziger Jahrbücher, Band 9, Leipzig 2007, S. 279 – 313.
- 48 Wojciech Czuchnowski, Pawel Wronski: Podzielona rocznica. Gazeta Wyborcza. 11. 4. 2011 http://wyborcza.pl/1,75478,9410865,Podzielona_rocznica.html?as=2&startsz=x;
- 49 Ambassador rosji: Nikt nie pisze o na stak negatywnie, jak Polska. Gazeta Wyborcza, 12. 11. 2013. http://wyborcza.pl/1,75248,14940439,Ambasador_Rosji_Nikt_nie_pisze_o_nas_tak_negatywnie_.html
- 50 <http://document.kremlin.ru/doc.asp?ID=52421&PSC=1&PT=1&Page=1>
- 51 Kantor, Julija: Bez fał'sifikacii. „Istoriceskaja“ komissija pri prezidenta razpuščenal In: „Moskovskie novosti“, 19. 3. 2012. http://www.mn.ru/society_history/20120319/313741427.html

Prof. Dr. sc. Heinz Karl

Marxistische Geschichtswissenschaft – Leistungen und Aktualität*

Heute steht die Menschheit vor Herausforderungen und Gefahren – größer als je zuvor:

- Eine aus den Fugen geratene kapitalistische Weltwirtschaft.
- Von Menschenhand bewirkte irreversible, in ihren Dimensionen und Konsequenzen noch nicht abschätzbare Klimaveränderungen.
- Nach fast einem halben Jahrhundert geostrategischen Gleichgewichts zwischen den imperialistischen und antiimperialistischen Kräften: Ein vom internationalen Finanzkapital dominiertes Weltgeschehen – und als dessen katastrophalstes Moment nicht nur eine neue, bisher unbremste Serie imperialistischer, neokolonialer Aggressionskriege, sondern auch die zunehmende Gefahr von Kriegen zwischen Großmächten und Mächtigkeitsgruppen. Das wären – in ihrer Tendenz, nach ihren realisierbaren Möglichkeiten – Kriege, geführt mit Kernwaffen, und nicht nur auf der Erde, sondern auch im Kosmos; Kriege, die in ihren Zerstörungen und Langzeitwirkungen den Zweiten Weltkrieg – einschließlich Hiroshima und Nagasaki – weit hinter sich lassen würden.

Das heißt auch die Ungewissheiten sind größer denn je – oder, wie es Eric Hobsbawm am Ende seines „Zeitalters der Extreme“ formulierte: „Wir wissen nicht, wohin wir gehen.“¹

Welche Verpflichtungen erwachsen daraus *uns als Historikern*?

Was vermag Geschichtswissenschaft im Rahmen der aufgezeigten Realitäten und realen Möglichkeiten überhaupt zu leisten? Natürlich kann sie nicht Zukunft zuverlässig *voraussagen*. Sie kann noch nicht einmal – das besagen die Erkenntnisse ihrer eigenen Geschichte als Wissenschaft – konkrete historische Tatbestände (trotz gründlichster und ergiebigster Untersuchungen) als ein für allemal geklärt und fixiert betrachten; denn die Forschung erschließt (in der Regel) immer neues Tatsachenmaterial.

Aber sie muss – und sie *darf* – sich deshalb *keineswegs* auf die Darstellung des *Vergangenen beschränken!*

Im Geschichtsprozess bilden Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft eine Einheit. Die Analyse des Werdens gibt uns erklärende Aufschlüsse über das Gewordene, die Untersuchung des Bestehenden ist Voraussetzung für Prognosen über das, was werden *kann*. Entwicklungen, die gestern begonnen haben und heute vor sich gehen, können (und werden oft oder sogar meistens) sich fortsetzen und vielleicht erst zur vollen Entfaltung gelangen. Um es mit den Worten der Philosophin Nina Hager zu sagen: „Es können durch uns Tendenzen dieser objektiven gesellschaftlichen Entwicklung, deren Komplexität und Widersprüchlichkeit wächst, erkannt werden, Möglichkeiten der Entwicklung benannt und die Wahrscheinlichkeit ihrer Verwirklichung abgeschätzt und auf dieser Grundlage können Entscheidungen getroffen werden, mit denen eingegriffen in gesellschaftliche Prozesse, gehandelt werden kann.“²

Von nicht geringerer Bedeutung ist die Möglichkeit und Verpflichtung des Historikers, geschichtliche Erfahrungen – sowohl positive als negative – zu vermitteln und diese zu historischen *Lehren* zu verdichten. Dies galt für die zurückliegenden Jahrzehnte – und gilt heute mehr denn je – in besonderem Maße für die Erfahrungen und Lehren der beiden Weltkriege und für die singulären, jeden Vergleich verbietenden Verbrechen des Faschismus, vor allem des deutschen.

Hier zeigt sich zugleich ein Charakteristikum der Geschichtswissenschaft im Vergleich zu vielen anderen Einzelwissenschaften: der enge Zusammenhang von Geschichtsforschung und –interpretation mit dem politischen Geschehen. Die öffentliche Behandlung geschichtlicher Vorgänge, ihre Darstellung und Verbreitung, trägt wesentlich, mitunter entscheidend zur politischen Meinungsbildung, Meinungs-*Prägung* bei.

Diese Tatsache ist untrennbar verbunden mit der Entwicklung der Massenmedien in den letzten anderthalb Jahrhunderten: vom Übergang zur *Massenpresse* in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts, dem Anfang des 20. Jahrhunderts aufkommenden Film, der flächendeckenden Durchsetzung von Tonfilm und Rundfunk in den 30er Jahren des vorigen Jahrhunderts, desgleichen des Fernsehens in den letzten sechs Jahrzehnten – verbunden mit einer regelrechten Explosion von Geschichtspropaganda – bis hin zur gegenwärtigen Durchsetzung der digitalen Medien. Der Massenmanipulation durch das Großkapital eröffneten sich ungeahnte Perspektiven.

Für die bürgerliche Geschichtswissenschaft ergaben sich Möglichkeiten wie noch nie, ihre systemstabilisierenden und regimekonformen Auffassungen „unter das Volk zu bringen“ und damit einen größeren Beitrag als je zuvor zur Herrschaftssicherung zu leisten. Die Verwirrung und Irreführung der breiten Massen bezüglich ihrer gesellschaftlichen Situation und *ihrer* ureigensten Interessen, ihrer *realen* Rechte und Möglichkeiten in der kapitalistischen Gesellschaft, ihre Spaltung und Zersplitterung, die Isolierung ihrer fortschrittlichsten, oppositionsfähigsten Kräfte aber ist heute mehr denn je Bedingung der Stabilität der Herrschaft des Großkapitals und der Durchsetzung seiner reaktionären Innen- und expansiven und aggressiven Außenpolitik.

Eine der wichtigsten Voraussetzungen, um die vom Großkapital ausgebeuteten und beherrschten Massen im eigenen Interesse handlungsfähig zu machen, besteht deshalb darin, dieser systematischen Manipulation entgegenzuwirken. Mehr als je zuvor gilt heute die Feststellung Lenins (1913): „Die Menschen waren in der Politik stets die einfältigen Opfer von Betrug und Selbstbetrug, und sie werden es immer sein, solange sie nicht lernen, hinter allen möglichen moralischen, religiösen, politischen und sozialen Phrasen, Erklärungen und Versprechungen die *Interessen* dieser oder jener Klassen zu suchen.“³

Theorie und Geschichte

Mit ihrer Theorie des *wissenschaftlichen* Sozialismus schufen Marx und Engels das Rüstzeug für die geistige und politische Selbstbefreiung der Arbeiterklasse. Schon in einem ihrer ersten gemeinsamen Werke, „Die deutsche Ideologie“ (1845/1846), entwickelten sie die Grundzüge ihrer materialistischen Geschichtsauffassung: die materielle Produktion als Grundlage des gesellschaftlichen Lebens, die Dialektik von Produktivkräften und Produktionsverhältnissen (hier noch „Verkehrsform“ genannt), die Eigentumsverhältnisse als Ursache der Klassenspaltung und Basis für Staat und Ideologie, die Lösung der Widersprüche der bürgerlichen Gesellschaft und jeder Ausbeutungsordnung überhaupt durch Aufhebung des Privateigentums (und damit der Ausbeutung) in einer kommunistischen Gesellschaft, die historische Rolle des Proletariats.

Eine wichtige Etappe in der Herausbildung einer marxistischen Geschichtswissenschaft (und zugleich in der Entwicklung des Marxismus überhaupt) waren die Jahre der Revolution von 1848/49 und unmittelbar danach. Hier war der Marxismus erstmals mit umfassenden und tiefgreifenden ökonomischen, sozialen und politischen Prozessen konfrontiert, die im Grunde ganz Europa erfassten und aufwühlten – die größte revolutionäre Bewegung zwischen der Französischen Revolution von 1789 und der Oktoberrevolution und den ihr folgenden revolutionären Bewegungen von 1917 bis 1923. Diese Prozesse waren außerordentlich komplex und widerspruchsvoll. Es kreuzten sich antifeudale bürgerliche Bewegungen und nationale Befreiungsbewegungen, Auseinandersetzungen zwischen liberaler Großbourgeoisie und demokratischem Kleinbürgertum mit ersten scharfen Zusammenstößen von Bourgeoisie und Proletariat, die in der Pariser Junischlacht 1848 bereits Bürgerkriegscharakter annahmen.

Marx und Engels reflektierten diese Klassenauseinandersetzungen in einer Vielzahl von Pressebeiträgen – vor allem in der *Neuen Rheinischen Zeitung*, aber auch bereits in der britischen und US-amerikanischen Presse – sowie in einigen größeren Arbeiten. Wie jene markierten diese einerseits die bedeutsamen und beeindruckenden Anfänge marxistischer *Zeitgeschichtsschreibung*, waren aber zugleich der theoretischen Analyse und Verallgemeinerung der revolutionären Vorgänge und der Erfahrungen der revolutionären Kräfte gewidmet. So war die Ansprache der Zentralbehörde des Bundes der Kommunisten an den Bund vom März 1850 vor allem auf die Taktik gegenüber den verschiedenen bürgerlichen und kleinbürgerlichen Strömungen und die Formierung einer politisch selbständigen Arbeiterbewegung gerichtet. In Marx' „Klassenkämpfen in Frankreich 1848 bis 1850“ wurde – Engels betont das mit Nachdruck – die diffuse Forderung des „Rechts auf Arbeit“ ersetzt durch die Forderung „*Aneignung der Produktionsmittel*, ihre Unterwerfung unter die assoziierte Arbeiterklasse, also die Aufhebung der Lohnarbeit wie des Kapitals und ihres Wechselverhältnisses“⁴. In Marx' „Der Achtzehnte Brumaire des Louis Bonaparte“ (1852) wurde zum ersten Mal die Grundaufgabe gestellt, die bürgerliche Staatsmaschinerie nicht „in Besitz zu nehmen“, sondern sie – so Marx – „zu brechen“⁵. Mit Engels' „Der deutsche Bauernkrieg“ (1850) wurde erstmals ein marxistisches Geschichtswerk vorgelegt mit der erklärten Absicht, dem deutschen Volk, seinen werktätigen Massen ihre revolutionären Traditionen nahezubringen – als Anregung zum eigenen Handeln. Nebenbei: Wen das heutige bundesdeutsche föderalistische Verfassungs-, Gesetzgebungs- und Verordnungschaos an den Rand der Verzweiflung bringt, der findet dort auch Engels' vor 163 (!) Jahren gefällttes Urteil: „*Wer nach den beiden deutschen Revolutionen von 1525 und 1848 und ihren Resultaten noch von Föderativrepublik faseln kann, verdient nirgend anders hin als ins Narrenhaus.*“⁶

Für alle diese Arbeiten galt, dass sie die politischen Kämpfe als Agieren von Klassen und Klassenfraktionen beleuchteten, den ihnen zu Grunde liegenden materiellen, insbesondere ökonomischen Interessen nachspürten und den Standpunkt der historisch fortschrittlichsten Kraft, der sich formierenden Arbeiterbewegung, herausarbeiteten.

Einen kräftigen Schub erhielt die marxistische Geschichtsschreibung und –publizistik durch die miteinander verflochtenen Prozesse der forcierten kapitalistischen Entwicklung mit ihren politischen Konsequenzen, der weiteren Nationalstaatsbildung und der nationalen und internationalen Formierung politischer und gewerkschaftlicher Arbeiterorganisationen mit Massencharakter sowie als parlamentarische Kraft im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts. Die Herausbildung einer sozialistischen Massenpartei in Deutschland, der andere folgten, die Gründung der I. (1864) und der II. Internationale (1889) stimulierten das Ringen um programmatische Klärung, das seinerseits ohne den „Griff in die Geschichte“ nicht auskam.

Ein Schwerpunkt war die verstärkte Auseinandersetzung mit der Staatsfrage, aufgeworfen unter anderem durch das lassalleianische Streben nach einem Kompromiss mit der preußischen Monarchie, dem eine prinzipielle Kritik des preußischen Junkerstaates und seiner Geschichte entgegengesetzt wurde. Vor allem aber führte die Pariser Kommune, ihre Erfahrungen und die Solidarität mit ihr, zu einer Vertiefung der marxistischen Staats- und Revolutionstheorie, die nur auf einem soliden vor allem *zeitgeschichtlichen* Fundament möglich war. Im „Bürgerkrieg in Frankreich“ (April/Mai 1871) konstatierte Marx, anknüpfend an seinen „Achtzehnten Brumaire“ von 1852: „Aber die Arbeiterklasse kann nicht die fertige Staatsmaschinerie einfach in Besitz nehmen und diese für ihre eignen Zwecke in Bewegung setzen.“⁷ Gestützt auf eine historische Analyse des feudalabsolutistischen und des bürgerlichen Staates seit 1789 stellte er fest, dass das Pariser Proletariat diese überkommene Staatsmacht *bricht*⁸ und durch eine neue, ihre eigene Staatsmacht ersetzt, deren *demokratische* Struktur und Arbeitsweise er sehr konkret beschreibt. Er schlussfolgert: Die Kommune „war wesentlich eine *Regierung der Arbeiterklasse*“⁹.

Und Engels bringt 1891 die Dinge wie folgt auf den Punkt: „Der sozialdemokratische Philister ist neuerdings wieder in heilsamen Schrecken geraten bei dem Wort: Diktatur des Proletariats. ... wollt ihr wissen, wie diese Diktatur aussieht? Seht euch die Pariser Kommune an. Das war die Diktatur des Proletariats.“¹⁰ Zuvor (1884) hatte Engels in seinem grundlegenden Werk „Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staats“ die frühgeschichtlichen Familienformen, die Entstehung des Patriarchats und der Sklaverei und damit der Klassenspaltung untersucht und nachgewiesen, dass der Staat sich als Folge der Klassenspaltung herausbildet und seinem Wesen nach immer eine Form der *Klassenherrschaft* ist. Eine ähnliche herausragende und bedeutungsvolle Leistung hatte August Bebel mit seinem erstmals 1879 erschienenen Werk „Die Frau und der Sozialismus“ vollbracht. Er hat nicht nur auf der Grundlage eines immensen historischen und soziologischen Materials die Frauenfrage in ihrer gesamten historischen Entwicklung dargestellt, sondern auch den jeweiligen formationsspezifischen gesellschaftlichen Rahmen herausgearbeitet und sich zu den wesentlichen konkret-historischen Aspekten der Gesellschaft, des Staates, des Klassenkampfes geäußert.

Programmatik und Geschichte

Die Verabschiedung des *marxistischen* Erfurter Programms der deutschen Sozialdemokratie 1891 (zu dem sein wichtigster Autor Karl Kautsky einen soliden Kommentar veröffentlicht) wird flankiert von gewichtigen marxistischen Geschichtswerken. 1893 erscheint von Franz Mehring „Die Lessing-Legende (Mit einem Anhang: Über den historischen Materialismus)“, eine Schrift, die nicht nur aus marxistischer Sicht die deutsche Literatur- und Kulturentwicklung beleuchtet, sondern auch den preußischen Militärstaat einer vernichtenden Kritik unterzieht und die regimeoffiziellen Legenden um Friedrich II. entlarvt. Engels zollte Mehring höchstes Lob. 1898 folgte Mehrings „Geschichte der Deutschen Sozialdemokratie“.

Ende der 90er Jahre entbrennt die Auseinandersetzung mit dem Revisionismus. Kautsky griff 1899 mit „Bernstein und das sozialdemokratische Programm“ in die Debatte ein, Rosa Luxemburg im gleichen Jahr mit „Sozialreform oder Revolution?“ Sie wies Bernsteins Angriffe auf die marxistische Krisentheorie zurück und widerlegte seine Behauptung, die Krisenanfälligkeit des Kapitalismus verringere sich. Vor allem setzte sie sich mit Bernsteins Versuch auseinander, Reformen als ausreichend für die Überwindung des Kapitalismus zu betrachten, und unterstrich die Dialektik von Reform und Revolution: Der richtige und notwendige Kampf um Reformen bereitet die sozialistische Revolution vor, kann sie aber nicht ersetzen. 1902 veröffentlichte Kautsky „Die soziale Revolution“, in dem er sich zu den konkreten Aufgaben der Revolution äußerte. In seinem 1909 erschienenen Buch „Der Weg zur Macht“ ging er weiter: Er wies auf die verstärkte Zuspitzung der Klassengegensätze und auf das Herannahen eines Weltkrieges hin und sprach davon, dass die Entwicklung in eine revolutionäre Periode eingetreten sei. Rosa Luxemburg forderte 1906 in ihrer Schrift „Massenstreik, Partei und Gewerkschaften“ dazu auf, aus den Erfahrungen der sich vollziehenden russischen Revolution zu lernen, das Kampfmittel des politischen Massenstreiks zu entwickeln und die parlamentarische Arbeit stärker mit außerparlamentarischen Kampfformen zu verbinden. Bedeutende Geschichtswerke und zugleich wichtige Beiträge zum Kampf gegen den Revisionismus, für eine marxistische Orientierung der Arbeiterbewegung waren die 1910 – 1914 erscheinenden dreibändigen Erinnerungen August Bebels, Mehrings „Deutsche Geschichte vom Ausgang des Mittelalters“ (1910) und

seine große Biographie „Karl Marx – Geschichte seines Lebens“, die er während des Weltkrieges vollendete und 1918 veröffentlichte.

Seit der Jahrhundertwende rückte das Problem des Imperialismus, seines Wesens und seiner Bekämpfung immer mehr in den Vordergrund. 1910 veröffentlichte Rudolf Hilferding sein grundlegendes Werk „Das Finanzkapital“, das wichtige Erkenntnisse über den kapitalistischen Konzentrationsprozess, die Veränderung der Beziehungen zwischen Industrie- und Bankkapital und andere wesentliche Aspekte lieferte. Rosa Luxemburg vermochte zwar in ihrer Schrift „Die Akkumulation des Kapitals“ (1913) nicht, wie beabsichtigt, die Marx'sche Reproduktionstheorie weiterzuentwickeln, erbrachte aber doch bestimmte Forschungsergebnisse vor allem zur imperialistischen Politik. Den entscheidenden Beitrag zur Ausarbeitung der marxistischen Imperialismustheorie leistete Lenin mit der Herausarbeitung der Monopolisierung als Schlüsselfrage, der Bestimmung des historischen Platzes des Imperialismus, damit zusammenhängend der Möglichkeit des Sieges des Sozialismus zunächst in einem Lande und der Klärung des Zusammenhangs von Imperialismus und Opportunismus. Alle drei Autoren haben in ihren Schriften (und auch in ihren Vorarbeiten – man denke an Lenins „Hefte zum Imperialismus“) in großem Umfange historisch geforscht und dargestellt.

Der Imperialismus mündete in den ersten Weltkrieg – aus diesem fanden die Arbeiter und Bauern Russlands unter Führung der Partei Lenins den Ausweg in der Oktoberrevolution von 1917. Damit war eine neue Epoche weltgeschichtlicher Entwicklung eröffnet, eine neue Situation auch für die marxistische Geschichtswissenschaft gegeben.

Die Epoche der Oktoberrevolution

Eric Hobsbawm stellt die Oktoberrevolution in den Mittelpunkt der Geschichte des 20. Jahrhunderts, die ohne sie „und ihre direkten wie indirekten Folgen nicht erklärt werden“¹¹ könne. Geburt und Untergang des Sowjetstaates markieren für ihn Beginn und Ende dieses „kurzen“ Jahrhunderts. Er vergleicht – als prägendes Jahrhundertereignis – die Oktoberrevolution mit der Französischen Revolution von 1789, meint aber, dass sie „ein sehr viel stärkeres und globaleres Echo als ihre Vorgängerin“¹² hatte.

Nun hat heute – im Unterschied zu früheren Jahrzehnten – diese Problematik eine neue, bis 1989 undenkbar Dimension erhalten. Bis dahin galt der „real existierende Sozialismus“ – für Freund und Feind – als eine unumstößliche Tatsache. Eine Infragestellung seiner Existenz – zumal in seiner europäischen Kernregion – erschien unreal und indiskutabel. Heute, fast ein Jahrhundert nach der Oktoberrevolution, blicken wir in einer fundamental veränderten Situation auf den damals begonnenen Weg zurück. Der Zusammenbruch der Sowjetunion und des europäischen Sozialismus hat unsere Sicht auf diesen Weg einschneidend verändert. Die sozialistische Bewegung hat nicht nur die schwerste Niederlage ihrer Geschichte erlitten. Erstmals seit der Oktoberrevolution – und *mehr als vor 1917* – stellte sich die Frage, ob es denn überhaupt *möglich* sei, eine sozialistische Gesellschaft zu realisieren und auf die Dauer zu behaupten.

Zweifellos sind Nachdenken und gründliche, kritische Analyse vonnöten. Berechtigen uns aber die eingetretene Katastrophe, die Bilanz der gegenwärtig erkennbaren Resultate dazu, die durch die Oktoberrevolution in Gang gebrachten gesellschaftlichen Umwälzungen lediglich als eine 40-70jährige Unterbrechung der kapitalistischen Entwicklung zu betrachten, als ein vorübergehendes Abgleiten vom Hauptweg der Entwicklung der Zivilisation? Können wir die vielen Jahrzehnte frühsozialistischer Entwicklung, die ein Drittel der Menschheit erfasste, *nur* unter dem Blickwinkel ihres Scheiterns sehen?

Ich denke nicht. Das hieße, das Kind mit dem Bade auszuschütten, die reale geschichtliche Leistung zu negieren, angesichts des Versackens der 1917 – 1919 und 1944/45 genommenen Anläufe alles bisherige Ringen um eine antikapitalistische, eine sozialistische Alternative für sinnlos erklären und denen recht geben, die vom Endsieg des Kapitalismus, vom „Ende der Geschichte“¹³ träumen.

Es hieße insbesondere, die Krise der kapitalistischen Gesellschaft, den Mutterboden der Oktoberrevolution, zu ignorieren und die weltverändernden und weiterwirkenden Teilergebnisse des ersten Anlaufs zum Sozialismus zu negieren.

Die Oktoberrevolution, die nach Hobsbawm „die gewaltigste Revolutionsbewegung der modernen Geschichte“¹⁴ hervorbrachte, bewirkte einen weltweiten Fortschrittsschub, veränderte in vielen Richtungen die Welt zum Positiven.

Denken wir nur an ihre Friedensmission! 1917/18 beschleunigte sie maßgeblich die Beendigung des imperialistischen Weltkrieges. Die Solidarität mit ihr löste durch die Bewegung „Hände weg von Sowjetrußland!“ 1920 die bis dahin wirkungsvollste Aktion gegen imperialistische Aggressionspolitik aus. In den 1930er Jahren konnte die Sowjetunion über Jahre eine erfolgreiche Politik der kollektiven Sicherheit gegen die faschistischen Aggressoren entwickeln, die die Chance der Verhinderung des zweiten Weltkrieges eröffnete und eine Voraussetzung der späteren Antihitlerkoalition war. Nach 1945 bewahrte die Existenz und Macht der Sowjetunion und der von ihr geführten Militärkoalition die Menschheit vor der Entfesselung eines neuen, atomaren Weltkrieges, sicherte Europa die längste Friedensperiode *seit sechs Jahrhunderten* und der UNO in den 1960er/70er Jahren die effektivste Periode ihrer Tätigkeit. Die internationale Entwicklung des letzten Vierteljahrhunderts beweist, wie treffend die Einschätzung W. Putins ist, das Verschwinden der Sowjetunion sei die größte geopolitische Katastrophe des 20. Jahrhunderts.

Ausgehend von der Oktoberrevolution vollzogen sich gesellschaftliche Umwälzungen mit enormen internationalen Auswirkungen. Angelpunkt war die grundlegende Veränderung der Macht- und Eigentumsverhältnisse, die auch von schweren sozialen Verwerfungen begleitet war, vor allem aber positive sozialpolitische Konsequenzen hatte und Millionen und Abermillionen Werktätigen bedeutende soziale Aufstiegschancen eröffnete. Die sozialistischen Umgestaltungen verwandelten ein Volk von Analphabeten und schufen eine starke und leistungsfähige technische, wissenschaftliche und künstlerische Intelligenz. Über diese kulturelle Umwälzung sagte der russische Wissenschaftler Alexander Sinowjew: „Ein Bildungssturm von ungeahnter Kraft zog über das gesamte Land und bedeckte es binnen kürzester Frist mit einem Netz von Schulen, Fachschulen und kulturellen Bildungsanstalten.“¹⁵ Schon in den 30er Jahren wurde die Sowjetunion bis weit in sozialdemokratische und bürgerliche Kreise hinein als reale Alternative zum Kapitalismus aufgefasst.

Von geradezu schicksalhafter Bedeutung für die Menschheit war die Rolle der Sowjetunion als Antipode des Faschismus. Konnte ihr Streben der 30er Jahre nach einem Bündnis der nicht-faschistischen Mächte gegen Hitlerdeutschland 1938/39 noch durch die „Appeasement“-Politik der britischen und französischen Regierung ausgehebelt werden, bewährte sie sich schon 1941/42 unter größten Opfern als *unbesiegbare* Hauptkraft der Antihitlerkoalition. Kein anderer als ihr unversöhnlicher Gegner seit 1917 und nun *notgedrungen* ihr Alliiertes, Winston Churchill, attestierte ihr im September 1944, „daß es nämlich die russische Armee ist, die die Kraft der deutschen Kriegsmaschine gebrochen hat und gegenwärtig den bei weitem größeren Teil der feindlichen Streitmacht an ihrer Front bindet.“¹⁶ Auch in seinen späteren Memoiren, geschrieben in der Zeit des Kalten Krieges und in dessen Geist, kommt Churchill nicht umhin, festzustellen: „Die drei gewaltigen Schlachten bei Kursk, Orel und Charkow (1943 – H. K.) ... bedeuteten den Ruin der deutschen Armeen im Osten.“¹⁷ Und für 1944 konstatiert er: „Das Ringen in Rußland übertraf an Umfang bei weitem alle Operationen“ an den anderen Fronten „und es bildete natürlich die Voraussetzung für den kriegerischen Höhepunkt, dem die britischen und amerikanischen Armeen nunmehr entgegengingen.“¹⁸

Die *entscheidende* Rolle der Sowjetunion und ihrer Roten Armee im Ringen mit der faschistischen „Achse“ hatte eine unabdingbare gesellschaftspolitische Grundlage und sie hatte ein grundlegendes Ergebnis für die ganze Menschheit. Geben wir dazu Eric Hobsbawm das Wort. „Hitlers Deutschland wurde und konnte im wesentlichen nur durch die Rote Armee besiegt werden.“ Das „war die Leistung jenes Regimes, das mit der Oktoberrevolution etabliert worden war ... Ohne die Oktoberrevolution bestünde die Welt (außerhalb der USA) heute wahrscheinlich eher aus einer Reihe autoritärer und faschistischer Varianten als einem Ensemble unterschiedlicher liberaler, parlamentarischer Demokratien.“¹⁹

Großen Einfluss übten die Sowjetunion und die durch die Oktoberrevolution initiierten oder stimulierten national-revolutionären Bewegungen auf den raschen Zerfall des imperialistischen Kolonialsystems aus.

Schließlich ging vom Realsozialismus ein wesentlicher Druck auf den Kapitalismus aus, der diesen zu Veränderungen zwang. Wie Hobsbawm meint, sollte die Oktoberrevolution mit ihren

Folgen „dem Kapitalismus den Anstoß geben, sich selbst zu reformieren; und weil sich die Sowjetunion paradoxerweise gegen die Große Depression immun zeigte, sollte sie auch den Anstoß dazu geben, den orthodoxen Glauben an die freie Marktwirtschaft zu revidieren.“²⁰

Immer wieder wird die Frage nach dem sozialökonomischen Charakter der sowjetischen und anderer realsozialistischer Gesellschaften aufgeworfen. Zweifellos war der „reale“ Sozialismus kein reifer, kein „entwickelter“ Sozialismus, sondern eine *Frühform* des Sozialismus, eine erste Etappe auf dem Wege seiner Gestaltung – zudem durch tiefe Deformationen beeinträchtigt und partiell geradezu verunstaltet. Dennoch brach er mit dem kapitalistischen System und dessen Wertvorstellungen in einem Maße, das einen grundlegenden (wenn auch auf vielen Gebieten noch sehr unvollkommenen, auf manchen sogar ausgesprochen ungenügenden) emanzipatorischen Fortschritt bedeutete.

Ein strikt *historisches* Herangehen an diese Problematik – und ein anderes kann zu keiner ernsthaften, realistischen Beurteilung führen – wird insbesondere dem Hinweis Eric Hobsbawms Rechnung tragen müssen, dass „das sowjetische Experiment ... nicht als globale Alternative zum Kapitalismus entstanden (war), sondern als eine Kette von spezifischen Reaktionen auf die besondere Situation eines riesigen und dramatisch rückständigen Landes in einer spezifischen und unwiederbringlichen historischen Konstellation“²¹. Dies gilt sinngemäß für den „Realsozialismus“ als internationalen Faktor insgesamt.

Die Schritte auf dem Wege des Aufbaus einer sozialistischen Gesellschaft in der DDR beispielsweise gingen aus den antifaschistisch-demokratischen Umgestaltungen seit dem Mai 1945 hervor: der Enteignung der Nazi- und Kriegsverbrecher in der Wirtschaft sowie der Großgrundbesitzer, der Entfernung der Nazilehrer aus den Schulen, der Nazibeamten und -juristen aus Verwaltung und Justiz und der Schaffung einer völlig neuen, antifaschistischen Polizei. Die entsprechende breite Bündnispolitik erleichterte den Übergang zum sozialistischen Aufbau. Es entwickelte sich ein Mehrparteiensystem mit zunächst vier (davon zwei Arbeiterparteien), seit 1948 fünf Parteien, von denen vier ihre Basis vor allem in den Mittelschichten hatten und das bis zum Ende der DDR wirkte.

Die Entwicklung bewies, dass eine sozialistische Gesellschaft auf der Grundlage gesellschaftlichen Eigentums möglich ist, eine Gesellschaft ohne Arbeitslosigkeit und Krisen, ohne Existenzangst des Individuums, ohne Obdachlosigkeit, mit einem hohen Maß an sozialer Gleichheit, einer neuen Qualität des sozialen und solidarischen Umgangs der Menschen miteinander. Das bürgerliche Bildungsprivileg wurde gebrochen, die gesundheitliche Betreuung kostenlos.

Die Entmachtung des Kapitals veränderte die Stellung der Beschäftigten in einem volkseigenen oder ähnlichen Betrieb grundlegend gegenüber denen in einem profitorientierten kapitalistischen Unternehmen und es gab viele Ansätze und Erfahrungen, um die durch das gesellschaftliche Eigentum objektiv gegebenen Möglichkeiten demokratischer Gestaltung der Produktion zu entwickeln. Es gelang jedoch noch nicht, ein umfassendes System demokratischer Wirtschaftsleitung als Grundlage eines massenhaften Eigentümerbewusstseins zu entwickeln. Wesentlich besser gelang dies in den Landwirtschaftlichen Produktions-*Genossenschaften*.

Die Erfahrungen des sozialistischen Aufbaus führten zu der Erkenntnis, dass der Sozialismus keine kurzfristige Übergangsphase zum Kommunismus, sondern eine selbständige Gesellschaftsformation ist, in der es um die optimale Nutzung und Entwicklung der Ware-Geld-Beziehungen und die Durchsetzung des Leistungsprinzips geht. Gewinn, Zins und Kredit sind keine „Muttermale des Kapitalismus“, sondern eminent wichtige Instrumente, um die Produktivkräfte maximal zu entwickeln. Zugleich mit dieser Erkenntnis wurde das Neue Ökonomische System der Planung und Leitung entwickelt, in dessen Mittelpunkt die Förderung des materiellen Eigeninteresses der Betriebe, die Verbindung von Plan und Demokratie, des Produzenten mit dem sozialistischen Eigentum stand.

Die einschneidendste, negativste Bedingung des sozialistischen Aufbaus der DDR war die seit 1946 von den Westmächten und westdeutschen großbürgerlichen Kreisen vorbereitete, 1948 (separate Währungsreform; Ausarbeitung einer separaten Verfassung) und 1949 (Gründung der BRD am 23. Mai) vollzogene Spaltung Deutschlands und Berlins und der von der NATO und der BRD geführte Kalte Krieg gegen die DDR.

Nachdem diese massive feindliche Einwirkung durch die Grenzsicherung vom August 1961 erheblich reduziert wurde, erlebte die DDR in den 1960er Jahren die ökonomisch und politisch erfolgreichste Periode ihrer Geschichte.

Wie die Geschichte zeigte, war die frühsozialistische, „realsozialistische“ Entwicklung alles andere als die planmäßige Umsetzung eines bereits ausgearbeiteten „marxistisch-leninistischen“ Gesellschaftskonzepts. Noch weniger kann sie an den abstrakten Kriterien einer häufig berufenen (aber bisher nur als theoretische Doktrin und zudem in diversen widerstreitenden Varianten angebotenen) „sozialistischen Vision“ gemessen werden. Letztere hat gegenüber dem *nicht ausreichend* potenten und attraktiven und deshalb zusammengebrochenen, aber immerhin sieben Jahrzehnte existierenden und *enorm geschichtsmächtigen* Realsozialismus allerdings das grundlegende Manko, dass sie bisher keinerlei Proben ihrer Realisierbarkeit, ihrer a priori vorausgesetzten gesellschaftsgestaltenden Potenzen abgelegt hat und niemand sagen kann, wann dies geschehen wird und ob es über die Ergebnisse des ersten sozialistischen („realsozialistischen“) Anlaufs hinausführt. Hier wiederholt sich im Grunde das Schicksal jener den Weg des Realsozialismus begleitenden, ihn total negierenden Kritik aus dem sich als links verstehenden Spektrum, deren minimale Resonanz und faktische Wirkungslosigkeit sich wohl vor allem daraus ergab, dass sie zwar theoretische Postulate vortragen, aber nicht die geringsten praktischen Resultate vorweisen konnte.

Vertane Chancen

In Diskussionen werden die objektiven Möglichkeiten der Entwicklung des frühen Sozialismus in seinen verschiedenen Phasen sehr unterschiedlich bewertet. Nicht selten werden seine Entwicklungspotenziale und die Ursachen seines Scheiterns nicht konkret-historisch beurteilt. Hobsbawm, der die internationale Politik seit der Oktoberrevolution als „Jahrhundertkampf der Mächte der alten Ordnung gegen die soziale Revolution“²² charakterisiert, ist der Meinung, „während der längsten Zeit dieser Periode konnten sich selbst diejenigen, die seinen (des sowjetischen Sozialismus – H. K.) Anspruch auf Überlegenheit zurückwiesen, absolut nicht sicher sein, daß er nicht doch noch den Sieg davontragen würde“²³.

1960 veröffentlichte Fritz Baade – einer der führenden sozialdemokratischen Wirtschaftswissenschaftler in der Weimarer Republik und in der Bundesrepublik – sein Buch „Der Wettlauf zum Jahre 2000“. Darin analysierte er die Systemkonkurrenz. Er bemerkte ein auf wichtigen Gebieten rascheres wissenschaftlich-technisches Voranschreiten der Sowjetunion gegenüber den USA. Baade und andere kompetente amerikanische und westdeutsche Beobachter konstatierten um 1960 nicht nur ein weit schnelleres Wachstum der sowjetischen wissenschaftlichen und technischen Intelligenz gegenüber der amerikanischen, sondern auch ein höheres Niveau ihrer Ausbildung, ferner eine höhere Effizienz der sowjetischen Forschungen sowie technologische Vorsprünge im Maschinenbau. Als Symptom des Bewusstwerdens dieser Situation wertete Baade den „Sputnik-Schock“. In seinem Fazit bezeichnete er es als die bitterste Tatsache, „daß sich der Schwerpunkt der Welt ... auch im Wirtschaftspotential auf die östliche Welt verlagern wird“²⁴. Und fast ein Kuriosum: „Um im Anwachsen des Sozialprodukts mit dem Osten Schritt zu halten, müssen die Restbestände der ‚kapitalistischen Anarchie‘ überwunden werden.“²⁵

Dies war an der Schwelle zur wissenschaftlich-technischen Revolution. An dieser Schwelle ist der Realsozialismus gescheitert. Er hatte vermocht, ein Wirtschaftssystem zu schaffen, das von den typischen Krisenerscheinungen der kapitalistischen Welt frei und deshalb jahrzehntelang sehr attraktiv war. Jedoch mit der rasanten wissenschaftlich-technischen Umwälzung seit Ende der 60er Jahre vermochte er nicht mehr mitzuhalten.

Konzentriert wirkten sich nun tiefverwurzelte Defizite, Systemdefekte des Realsozialismus aus, die zu überwinden auch nach dem XX. Parteitag der KPdSU (1956) – einer Sternstunde für die grundlegende Korrektur bisheriger Fehlentwicklungen – nicht gelungen war.

Palmiro Togliatti hatte in seinem berühmten Interview vom Juni 1956 „die wahren Probleme“²⁶ aufgeworfen und auf deren Lösung gedrängt. Er forderte, von der Erörterung von Oberflächenphänomenen und Symptomen (zum Beispiel des Personenkults) zur tiefgründigen Analyse der gesellschaftlichen Grundlagen und Ursachen der stalinistischen Deformationen und Fehlentwicklungen vorzudringen, um deren Wurzeln zu beseitigen, ihre Wiederholung bzw. ihr Fortwirken auszuschließen und ein Voranschreiten zu sichern. Togliatti betonte, dass die *soge-*

nannten Folgen des Personenkults (oder die Fehler Stalins) „nicht nur etwas Persönliches waren, sondern die Wirklichkeit des sowjetischen Lebens tief durchdrangen“, dass es zu klären galt, wie sie „mit der Entwicklung der sozialistischen Gesellschaft verflochten wurden“; „wie und warum“ die Sowjetgesellschaft zur „Abweichung vom demokratischen Wege und von der Gesetzlichkeit, die sie sich vorgezeichnet hatte, ja, sogar bis zur Entartung gelangen konnte und tatsächlich gelangte“; dass die Fehlentwicklungen damit zusammenhängen, dass „der ganze bürokratische Apparat im sowjetischen wirtschaftlichen und politischen Leben, vielleicht ganz besonders im Parteileben ungeheuer überspannt wurde“ – in diesem Zusammenhang nicht nur die Rolle der russischen Tradition zu beachten, sondern vor allem zu untersuchen, wie sich „ein neuer Typ bürokratischer Führung“ entwickelte; dass „die wirkliche schöpferische Debatte nach und nach immer mehr verschwand und daher die Aktivität der Massen selbst abnahm und sich mehr und mehr nach von oben kommenden Direktiven bewegte als aus eigenem natürlichen Antrieb“²⁷. Togliattis Problemerkatalog kulminierte in der These, dass „das zentrale Problem die Wahrung der demokratischen, wesentlichen Merkmale der sozialistischen Gesellschaft ist ... Das ist es, was von Grund aus untersucht und geklärt werden muß.“²⁸

Palmiro Togliattis Ausführungen vom Juni 1956 sind eines der wichtigsten Dokumente der kommunistischen Bewegung des 20. Jahrhunderts. Sie beweisen überzeugend, dass diese Bewegung zu dieser Zeit durchaus über die politischen und geistigen Potenzen verfügte, die (vor allem mit den stalinistischen Einflüssen und deren Auswirkungen verbundenen) sie hemmenden Faktoren zu überwinden, die reale Chance hatte, weiter voranzuschreiten.

Diese Chance wurde vertan. Togliattis Darlegungen, geradezu ein theoretisch-politisches Aktionsprogramm zur Lösung der Krise des realsozialistischen Systems (und der kommunistischen Bewegung) – als sie noch lösbar war – und zur Erneuerung der Impulse des Roten Oktober, wurden von der Führung der KPdSU wie auch von den Führungen der SED und der anderen „marxistisch-leninistischen“ Parteien zurückgewiesen, in den Geruch des Revisionismus gebracht und verdrängt. Trotz gewisser, nicht unwichtiger Korrekturen nach dem XX. Parteitag nahm der Problemstau zu, die Krise vertiefte sich und führte schließlich zum Zusammenbruch der sozialistischen Macht- und Gesellschaftsstrukturen.

Die marxistische Geschichtswissenschaft hat seinerzeit die Kritik Togliattis nicht aufgegriffen. Vor allem wohl deshalb nicht, weil ihr realer Gehalt und die Tragweite der aufgeworfenen Probleme unterschätzt, der Effekt der nach dem XX. und dem XXII. Parteitag der KPdSU (1961) durchgeführten Korrekturmaßnahmen überschätzt und außerdem befürchtet wurde, den subversiven Aktivitäten des imperialistischen Gegners Raum zu geben. In der Tat – aber das entschuldigt die schwerwiegenden Versäumnisse nicht – war andererseits eine Unterschätzung der Aggressivität der imperialistischen Strategie und der Rolle zum Beispiel der SPD bei ihrer Verwirklichung zu verzeichnen. Das äußerte sich auch darin, dass nach dem Anschluss der DDR an die BRD die rüde Kolonialisierung des Ostens vielfach mit Überraschung aufgenommen wurde.

Lehren der Geschichte und Aufgaben der Gegenwart

Für die marxistischen Historiker in Deutschland ergibt sich aus der internationalen wie aus der inneren Situation der BRD die Aufgabe, verstärkt die kritische Auseinandersetzung mit den politischen Realitäten der BRD und insbesondere mit ihrer Geschichte zu führen. Der Umgang der Machteliten mit dem NSU-Skandal zeigt, wie virulent die Kontinuitätsstränge sind, die Gesellschaft und Staat der BRD mit dem „Dritten Reich“ verknüpfen. Allzu offenkundig ist das krampfhaft Bemühen, davon abzulenken, zu verdrängen, dass die BRD von ihren Anfängen an ein Überwachungsstaat par excellence war, funktionierend und *geprägt* durch schwer belastetes Personal des Naziregimes;²⁹ davon abzulenken, zu verdrängen, in welchem Ausmaß der bundesdeutsche Staatsapparat – besonders Polizei, Geheimdienste, Justiz – nazistisch verseucht war und *dass ihn das prägte*.³⁰

Das Wort des Historikers ist um so mehr gefordert, als Regierungen und Behörden, Polizei und Justiz der BRD geradezu mit Akribie die katastrophalen Fehlleistungen des Weimarer Staates wiederholen, die sich als für die bürgerlich-parlamentarische Demokratie tödlich erwiesen haben. So, wenn neonazistische Umtriebe als legale Ausübung des Rechts auf freie Meinungsäußerung und des Demonstrationsrechts bemäntelt und rechtfertigt werden. Aber wer Neonazis legalisiert, der *legitimiert* sie!

Natürlich liegt all dem ein politisches Konzept zu Grunde. Schon die Tatsache, dass die staatlichen Instanzen – wie die bürgerlichen Medien und die etablierten Parteien – den Faschismus-Begriff meiden wie der Teufel das Weihwasser und statt dessen mit dem des „Nationalsozialismus“, also der demagogischen Selbstdarstellung der Hitlerfaschisten hantieren, das heißt lupenreine *Naziideologie kolportieren*, spricht Bände. Neonazis und Antifaschisten werden mit Bedacht in den gleichen „Extremismus“-Topf geworfen, der Antifaschismus diffamiert und kriminalisiert, indem man ihn als „Linksextremismus“ denunziert. Dass dieses Konzept und die ihm entsprechende Praxis nicht hingenommen werden dürfen, sondern entschieden bekämpft werden müssen, ist eine der wichtigsten Schlussfolgerungen aus den historischen Erfahrungen.

Eine weitere wichtige Aufgabe besteht darin, als Historiker durch das Aufschließen geschichtlicher Erfahrungen die Entwicklung von Massenaktionen und Basisbewegungen zu flankieren. Hier hat unser verehrter Jubilar mit seinem monumentalen Werk über die „Geschichte der Rätebewegung in Österreich 1918 – 1924“ beispielgebend gewirkt. Seine Feststellung, dass diese Thematik „nicht nur von historischem Interesse“³¹ ist, gilt heute noch weit mehr als vor einem Vierteljahrhundert.

Schließlich zeigt das politische Geschehen tagtäglich, dass die Entwicklung des subjektiven Faktors letztlich das Kernproblem ist. Dabei ist das Zusammenwirken *aller* Marxisten – über Organisations- und Ländergrenzen hinweg – ein in seiner Bedeutung gar nicht zu überschätzender Aspekt. In diesem Sinne verfolge ich die bewundernswerte Aktivität der Alfred-Klahr-Gesellschaft mit größtem Interesse und Respekt (und auch – wenn ich etwa ihre „Mitteilungen“ und unsere „Geschichtskorrespondenz“ vergleiche – mit einem Schuss Neidhammelei, den man mir großmütig verzeihen möge) und bedanke mich ganz herzlich für die Einladung!

Anmerkungen

* Vortrag am 2. Oktober 2013 in Wien auf der Festveranstaltung der unserem Arbeitskreis freundschaftlich, solidarisch verbundenen *Alfred Klahr Gesellschaft* zum 70. Geburtstag von Univ.-Prof. i. R. Dr. Hans Hautmann.

1 Eric Hobsbawm: Das Zeitalter der Extreme. Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts, (München/Wien 1995), S. 720.

2 Nina Hager: Die Kraft der selbstbewusst entscheidenden Menschen. In: Marxistische Blätter, 4/2013, S. 75.

3 W. I. Lenin: Werke, Bd. 19, Berlin 1962, S. 8.

4 K. Marx/F. Engels, Werke, Bd. 7, Berlin 1960, S. 42; vgl. auch S. 513.

5 Ebenda, Bd. 8, Berlin 1960, S. 197.

6 Ebenda, Bd. 7, S. 413.

7 Ebenda, Bd. 17, Berlin 1962, S. 336.

8 Ebenda, S. 340

9 Ebenda, S. 343.

10 Ebenda, Bd. 22, Berlin 1963, S. 199.

11 E. Hobsbawm: Das Zeitalter der Extreme, S. 114.

12 Ebenda, S. 79.

13 Francis Fukuyama: Der Mensch braucht das Risiko. In: Der Spiegel, H. 15/1992, S. 258.

14 E. Hobsbawm: Das Zeitalter der Extreme, S. 79.

15 Alexander Sinowjew: Meine Revolution. In: junge Welt (Berlin), 7. November 1997.

16 Briefwechsel Stalins mit Churchill, Attlee, Roosevelt und Truman 1941 – 1945, Berlin 1961, S. 318.

17 Winston S. Churchill: Der Zweite Weltkrieg, (Frankfurt a. M. 2003), S. 823.

18 Ebenda, S. 944.

19 E. Hobsbawm: Das Zeitalter der Extreme, S. 22.

20 Ebenda, S. 114.

21 Ebenda, S. 615.

22 Ebenda, S. 80.

23 Ebenda.

24 Fritz Baade: Der Wettlauf zum Jahre 2000, Berlin (1968), S. 20.

25 Ebenda, S. 194.

26 Freies Volk (Düsseldorf), 26. Juni 1956; Geschichtskorrespondenz, Januar 2012, S. 21.

27 Ebenda; Geschichtskorrespondenz, S. 20, 21, 23, 24.

28 Ebenda; Geschichtskorrespondenz, S. 24/25.

29 Vgl. Heinz Karl: Zur Personalstruktur des MfS der DDR und des entsprechenden Behördensystems der BRD. In: Mitteilungen der Kommunistischen Plattform der Partei DIE LINKE, H. 5/2010, S. 28 – 30.

30 Vgl. Braunbuch. Kriegs- und Naziverbrecher in der Bundesrepublik. Staat/Wirtschaft/Armee/Verwaltung/Justiz/Wissenschaft, Berlin 1965; H. Karl: Rechtsextremismusdeutung als Regimeapologetik. In: Mitteilungen der Komm. Plattform, H. 11/2000, S. 10 ff.; Ingo Müller: Furchtbare Juristen, (München 1989); Dieter Schenk: Die braunen Wurzeln des BKA, (Frankfurt a. M. 2003).

31 Hans Hautmann: Geschichte der Rätebewegung in Österreich 1918 – 1924, Wien-Zürich 1987, S. 16.

Prof. em. Dr. sc. Horst Schneider

„eenes mannes rede ist keenes mannes rede, man muss hören alle beede“. Zur Verteufelung der DDR im Bericht Bernd Neumanns an den Bundestag

Der Titel ist ein Satz des Eicke von Reggow, dem der „Sachsenspiegel“ zugeschrieben wird. Der „Sachsenspiegel“ entstand vermutlich 1224/25 und gilt als das älteste deutsche Rechtsbuch. Der zitierte Satz ist das erste Gebot fairer Rechtsprechung. Ich erinnere an ihn angesichts aktueller Ereignisse in der Bundesregierung und im Bundestag.

Am 6. Januar 2013 legte Bernd Neumann, Angela Merkels Staatssekretär für Kultur und Medien, dem Bundestag einen „Bericht der Bundesregierung zum Stand der Aufarbeitung der SED-Diktatur“ vor. Am 3. Juni folgte die „Beschlussempfehlung“ des Ausschusses für Kultur und Medien. (Beide Dokumente unter Drucksache 17/12115.) In beiden Dokumenten wird behauptet, „die Aufarbeitung der SED-Diktatur hat (habe) in den beiden vergangenen Dekaden sehr wichtige Erfolge erzielt und damit einen wesentlichen Beitrag zur inneren Einheit geleistet“. Die Leichenfledderei an der verblichenen DDR ist also für Regierung und Parlamentsmehrheit ein „wichtiger Erfolg.“ Scheinbar mangels anderer Erfolge werden im 116seitigen „Bericht ...“ die papiernen Siege über die DDR beschrieben.

Die zitierte unwahre Behauptung bedarf der Prüfung, zumal sie begründen soll, warum die junge Generation verstärkt für die DDR-Geschichte „sensibilisiert“ werden soll, und die Forderung abgeleitet wird: „Es darf keinen Schlusstrich unter die Aufarbeitung des SED-Unrechts geben.“

Der Grundmangel liegt auf der Hand: Sieger und Renegaten bestimmen über das Bild, das alle DDR-Bürger, die die Zeit der DDR erlebt haben, übernehmen und ihren Enkeln vermitteln sollen. Abweichungen von der Verteufelung sind Ketzerei. Abgeordnete schlüpfen in den Talar des Staatsanwalts und Richters in Sachen DDR-Geschichte.

Auf der Grundlage der Dokumente gehen wir an die Analyse der Bundestagsdrucksache 17/12115 vom 6. Januar 2013, dem „Bericht der Bundesregierung zum Stand der Aufarbeitung der SED-Diktatur“. Wir machen im Folgenden an Beispielen auf grobe Geschichtsklitterungen und Menschenrechtsverletzungen in Bernd Neumanns „Bericht ...“ aufmerksam.

1. Im „Bericht“ heißt es über die „Notwendigkeit der SED-Diktatur“ (S. 13): „Die Geschichte Deutschlands im 20. Jahrhundert wurde nachhaltig durch die Terrorherrschaft des Nationalsozialismus geprägt, dessen Menschheitsverbrechen und Vernichtungskriege Millionen Opfer forderten. Dem Sieg der Alliierten im zweiten Weltkrieg folgte keine stabile Friedensordnung, sondern der Ost-West-Konflikt („Kalter Krieg“), der für mehr als vier Jahrzehnte Deutschland und Europa teilte. Während im Westen Deutschlands nach 1945 der Aufbau einer rechtsstaatlichen Ordnung gelang, wurde in der SBZ und später in der DDR eine kommunistische Diktatur etabliert, die erst 1989/90 überwunden werden konnte. Es ist unverzichtbar, den Unterschieden zwischen NS-Diktatur und SED-Diktatur Rechnung zu tragen. Jede Erinnerung an die Diktaturvergangenheit hat davon auszugehen, dass weder die nationalsozialistischen Verbrechen relativiert werden dürfen noch das von der SED-Diktatur verübte Unrecht bagatellisiert werden darf.“

Einsprüche

(1) Die BRD ist nach eigenem Anspruch und (provisorischem) Grundgesetz Rechtsnachfolger des Dritten Reiches, was in den Eigentumsverhältnissen und der Kontinuität seiner politischen Elite besonders deutlich sichtbar wurde. Die DDR brach politisch, juristisch, moralisch und ideologisch mit dem „Reich“. Die DDR erfüllte das Potsdamer Abkommen und andere völkerrechtliche Verpflichtungen, die BRD wurde zum Vorposten der containment-roll back-Politik des Imperialismus, die die Spaltung Deutschlands und Europas zur Folge hatte.

(2) Die DDR hat sich zu keinem Zeitpunkt als kommunistischer Staat definiert, sondern sie hat sich bemüht, unter ungünstigen Ausgangsbedingungen Grundlagen für den Aufbau des Sozialismus zu schaffen. Die Bedingungen würdigte unter anderen der Präsident des Bundesverfassungsgerichtes, Roman Herzog, am 17. Juni 1988 im Bundestag, als er zudem feststellte, dass die DDR kein „stalinistischer“ Staat sei.

(3) Wo liegt der Unterschied zwischen den Begriffen Verbrechen und Unrecht? Oder sind es Synonyme? Ermöglichen sie eine Unterscheidung der „zwei Diktaturen in Deutschland“?

(4) Der Bundestag dekretiert, was der Bürger über seine Vergangenheit denken darf. Er übernimmt damit die Rolle des Anklägers und Richters und setzt die Gewissens- und Meinungsfreiheit, die das Grundgesetz verkündet, außer Kraft.

2. Es heißt im „Bericht ...“ (S. 13): „Fundament der Erinnerung sind die historischen Fakten und ihre wissenschaftliche Erforschung. Auf ihm ruht die Pflege der Erinnerungskultur, die sich in der Förderung von Aufarbeitung und dem Gedenken ausdrückt. Die Aufarbeitung soll die Öffentlichkeit über Ursachen und Folgen der nationalsozialistischen Terrorherrschaft und der SED-Diktatur aufklären, um dadurch den antitotalitären Konsens in der Gesellschaft zu festigen und das Bewusstsein für den Wert der freiheitlichen Demokratie sowie der Menschenrechte zu stärken. Das Gedenken soll die Opfer vor allem am Ort ihrer Leiden in angemessener Weise würdigen und Wissen über die historischen Zusammenhänge vermitteln.“

Die kommunistische Diktatur in der SBZ und der DDR zählt zum historischen Erbe des wiedervereinigten Deutschlands. Dieser Teil der deutschen Nachkriegsgeschichte muss konsequent aufgearbeitet werden. Jeder Generation müssen die Lehren aus diesen Kapiteln unserer Geschichte immer neu vermittelt werden. Durch den wachsenden zeitlichen Abstand zur friedlichen Überwindung der deutschen Teilung entwickeln sich zwei Tendenzen in der Wahrnehmung der DDR, die besorgniserregend sind: die Verharmlosung, mitunter Verklärung des Lebens unter der SED-Diktatur und das ausgeprägte Nichtwissen insbesondere junger Menschen über die DDR und die dort herrschenden Verhältnisse.“

Einsprüche

(1) Fakten und ihre Erforschung allein schaffen keineswegs ein bestimmtes Geschichtsbild. Erst die Aufdeckung von Zusammenhängen und die Aufdeckung von historischen Wechselwirkungen (zum Beispiel zwischen Imperialismus, Faschismus und Krieg) ermöglichen Lehren für das politische Handeln.

(2) Das historische Erbe kann nicht getauscht oder abgelehnt werden. Da zum Erbe unterschiedliche Traditionen gehören (Krieg – Frieden, Revolution – Konterrevolution), können Menschen eine Wahl treffen. Historiker können dabei mitwirken.

(3) Wenn „dieser Teil der deutschen Nachkriegsgeschichte“, die DDR-Geschichte konsequent „aufgearbeitet“ werden soll, muss das unter anderem durch die Würdigung ihrer Leistungen geschehen: Vierzig Jahre Frieden in Europa, Beseitigung der Wurzeln des Faschismus, Versöhnung und Freundschaft mit den Völkern in Osteuropa, die am meisten unter dem „Deutschen Wesen“ gelitten haben.

(4) Es gibt mangelhaftes Wissen über die DDR, aber doch wohl nicht nur (wie Schroeders Studien nachweisen) unter Jugendlichen in Ostdeutschland. Junge Leute werden zuerst von Eltern und Großeltern über die DDR erfahren. Wenn eine „Verharmlosung“ der DDR-Vergangenheit eingetreten ist, ist das für die „Europäer“ keineswegs „besorgniserregend“. Die Wirkung von brachialen Bekehrungsversuchen ist innerer Protest. Selbst DDR-Politiker von Lothar de Maiziere über Stolpe bis zu Tillich haben sich dagegen verwahrt, dass ihnen Wessis vorschreiben, wie sie die DDR im Gedächtnis haben sollen. Gehirne lassen sich (noch) nicht auf Wunsch der Obrigkeit auswechseln.

3. In Bernd Neumanns „Bericht ...“ heißt es (S. 16): „In den Verhandlungen zum Einigungsvertrag zwischen der DDR und der Bundesrepublik einigte man (?) sich zunächst darauf, die Akten in das Bundesarchiv zu überführen. Dort wären sie allerdings wegen der archivrechtlichen Schutzfristen zunächst nicht zugänglich gewesen. Öffentliche Proteste und eine erneute Besetzung der ehemaligen MfS-Zentrale im September 1990 führte dazu, dass die Öffnung der Stasi-Unterlagen in der Durchführungsvereinbarung zum Einigungsvertrag zwischen der Bundesrepublik und der DDR vom 18. September 1990 verankert wurde ... Das Amt des ‚Sonderbeauftragten der Bundesregierung für die personenbezogenen Unterlagen des ehemaligen Staatsicherheitsdienstes‘ erteilte die Auskünfte zur Wiedergutmachung und Rehabilitierung, für die Überprüfung von Abgeordneten und Beschäftigten der öffentlichen Verwaltung sowie der Verfolgung von Straftaten auf Basis einer vorläufigen Benutzerordnung ... Insgesamt gingen

seit 1991 rund 6,7 Millionen Ersuchen und Anträge beim BStU ein, darunter 2,83 Millionen Anträge von Bürgern auf Auskunft, Akteneinsicht und Herausgabe.“

Einsprüche

(1) Im Gefolge der Einrichtung der „Gauck-Behörde“ ist ein Einbruch in die Privatsphäre von „Opfern“ und „Tätern“ in bisher unbekanntem Ausmaße erfolgt. Wichtige Menschenrechte wurden verletzt, unter anderem das Recht auf Gleichheit vor dem Gesetz und das Recht auf Gehör. Die ungleiche Behandlung wurde durch die lex Kohl bewiesen, die festlegte, dass die „Akten“ des Kanzlers verschlossen bleiben. Für die DDR-Bürger bleiben Akten westdeutscher Geheimdienste verschlossen, selbst für Hans Modrow. Eine gesetzlich verbürgte Möglichkeit, Akten deutscher Geheimdienste einzusehen, gibt es nicht.

(2) Zwar sind die „innenpolitischen Konflikte“ nicht eingetreten, die die Volkskammer 1990 befürchtete (also in Kauf genommen hätte), aber die Versöhnung zwischen den „Brüdern und Schwestern“ wurde hintertrieben. Dem gesetzwidrigen Missbrauch von „Akten“ wurde Tür und Tor geöffnet. Davor hatten Politiker wie Richard von Weizsäcker gewarnt: „Mäßigung gegenüber den Besiegten ist notwendig, jedoch nicht um des Besiegten willen, sondern weil die Maßlosigkeit zur Verblendung und damit ins eigene Unheil führte.“ Helmut Schmidt verurteilte im Mai 2013 das Wirken der „Behörde“. Welcher „Gauckianer“ darf Nelson Mandela lobpreisen?

(3) Zur Verantwortung der „Gauck-Behörde“ gehört, dass Hunderte Bürger in den „Freitod“ getrieben worden sind. Zu ihnen gehört – stellvertretend für sie – der Jenaer Ex-Rektor und Bundestagsabgeordnete Gerhard Riege, dessen Abschiedsbrief eine Anklage ist. Das ist ein weißer Fleck in der Forschung.

4. Im „Bericht der Bundesregierung ...“ werden die beiden Enquete-Kommissionen unter der Leitung Rainer Eppelmanns gepriesen. „Mit seinem Beschluss vom 12. März 1992, eine Enquete-Kommission ‚Zur Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland‘ einzusetzen, reagierte der Deutsche Bundestag auf hitzige öffentliche Debatten nach der deutschen Wiedervereinigung ... Nach längeren Beratungen konnte eine Einigung herbeigeführt werden und die Kommission am 20. Mai 1992 ihre Arbeit aufnehmen. Mit ihren 43 Mitgliedern war die Enquete-Kommission die bislang größte in der deutschen Geschichte. Auch ihr Ziel beinhaltete ein Novum: Zum ersten Mal beschäftigte sich eine Kommission des Deutschen Bundestages mit einem zeithistorischen Thema und seinen Auswirkungen auf die Gegenwart ...

Ergebnis war die Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, die am 2. April 1998 per Gesetz errichtet wurde. Dem Errichtungsgesetz stimmte eine große Mehrheit des Bundestags zu. Bereits im November 1998 nahm die ‚Bundesstiftung Aufarbeitung‘ ihre Arbeit auf (vgl. S. 27 f.).“

Einsprüche

(1) Die „Eppelmann-Kommissionen“ waren ein Eingriff in die Forschungsfreiheit, die durch ein staatlich verordnetes Geschichtsbild ersetzt wurde.

(2) Voraussetzung und Bestandteil ihres „Erfolges“ war die Abwicklung der Historiker der DDR und zentraler Forschungsinstitute.

(3) An die Stelle unabhängiger und unparteilicher Forschungseinrichtungen sind Institute vom Typ des Hannah-Arendt-Instituts für Totalitarismusforschung getreten, die den „Diktaturvergleich“ betreiben, das heißt die DDR und ihre Bürger durch Lügengeschichten verteuflern.

(4) Der von Bundespräsident Horst Köhler geforderte produktive Streit findet kaum statt. Widersacher werden verketzert.

Im Bericht der Bundesregierung wird die „Rehabilitierung und Entschädigung der Opfer“ positiv gewertet (S. 16 f.). „Während der Friedlichen Revolution in der DDR und des anschließenden Wiedervereinigungsprozesses wurde die Notwendigkeit offenbar, Unrechtsakte der SED-Diktatur aufzuheben und den Opfern Hilfe und Versorgung zukommen zu lassen. Die Aufhebung von Gerichtsurteilen war in der DDR jedoch nur auf dem Wege durch das Oberste Gericht der DDR möglich. Dies änderte sich, als die Volkskammer am 6. September 1990 ein Rehabilitierungsgesetz verabschiedete, das die strafrechtliche, verwaltungsrechtliche und berufliche Rehabilitierung regelte. Eine praktische Bedeutung erlangte das Gesetz vor dem Beitritt der DDR zur Bundesrepublik am 3. Oktober allerdings nicht mehr. Das Thema fand aber Eingang

in den Einigungsvertrag, dessen Artikel 17 vorsah, dass alle Personen rehabilitiert werden konnten, die Opfer einer politisch motivierten Strafverfolgungsmaßnahme oder sonst einer rechtsstaats- und verfassungswidrigen gerichtlichen Entscheidung geworden waren.

Am 1. Juli 1994 traten dann das Verwaltungsrechtliche Rehabilitierungsgesetz (VwRehaG) und das Berufliche Rehabilitierungsgesetz (BerRehaG) als Zweites SED-Unrechtsbereinigungsgesetz in Kraft. Das Verwaltungsrechtliche Rehabilitierungsgesetz ermöglicht die Aufhebung elementarer rechtsstaatlicher Verwaltungsakte der DDR-Organen oder die Feststellung der Rechtsstaatswidrigkeit dieser Maßnahmen. Das Berufliche Rehabilitierungsgesetz knüpft an das Strafrechtliche und an das Verwaltungsrechtliche Rehabilitierungsgesetz mit der Zielsetzung an, noch heute spürbare Auswirkungen verfolgungsbedingter Eingriffe in den Beruf oder die Ausbildung auszugleichen – insbesondere zum Ausgleich von Nachteilen in der Rentenversorgung verfolgter Personen ...

Nach dem Verwaltungsrechtlichen Rehabilitierungsgesetz sind seit Inkrafttreten 10 400 positive Bescheide ergangen; Anträge nach dem Beruflichen Rehabilitierungsgesetz wurden seit Inkrafttreten des StrRehaG haben Bund und Länder bis zu diesem Stichtag rund 1,2 Mrd. Euro für die Zahlung von Kapitalschädigung und besonderer Zuwendung für Haftopfer aufgewendet. Ein signifikanter Rückgang der Antragszahlen auf strafrechtliche Rehabilitierung ist bislang nicht festzustellen. Zwischen 2002 und 2011 (einschließlich) haben 38 477 Betroffene die gerichtliche Rehabilitierung beantragt. Für die Durchführung der Rehabilitierungsgesetze haben Bund und Länder in den Haushaltsjahren 1993 bis einschließlich 2011 insgesamt rund 1,4 Mrd. zur Verfügung gestellt.“

Einsprüche

Die Menschenrechtskonventionen verbieten rückwirkendes Strafrecht. Sie legen fest, dass nur zuständige Richter für die Gerichtsbarkeit des jeweiligen Staates Recht sprechen dürfen. Diese Bestimmungen wurden verletzt.

(1) Die „Rehabilitierten“ sind in der Regel nicht Opfer von „Unrechtstaten der SED-Diktatur“, sondern „Opfer“ ihrer eigenen Verbrechen. Für sie steht stellvertretend der Terrorist Johannes Burianek, der vom Berliner Landgericht rehabilitiert worden ist.

(2) Um Unrechtsurteile, die es im Einzelfall auch in der DDR (wie auch in der BRD) gegeben hat, aufzuheben, bedurfte es nicht der nach 1990 beschlossenen Rehabilitierungsgesetze. Sie hatten lediglich die Funktion, die DDR als „Unrechtsstaat“ zu ächten.

(Fortsetzung und Schluss im nächsten Heft.)

Donnerstags-Veranstaltungen des Arbeitskreises, Januar – März 2014

16. Januar Lenin – aktueller denn je! Mit Prof. Dr. Heinz Karl

20. Februar Wohin geht China? Mit Prof. Dr. Helmut Peters

20. März Neue Herausforderungen der Linken in Lateinamerika. Mit André Scheer

(Die Veranstaltungen beginnen jeweils um 16.00 Uhr. Sie finden im *Bildungsverein am Kreuzpfuhl*, Berlin-Weißensee, Pistoriusstr. 24, statt.)

Kolloquium am Sonnabend, dem 1. März 2014:

Sozialdemokraten in der Entscheidung: Rudolf Breitscheid (1874 – 1944), Otto Grotewohl (1894 – 1964) (Vorträge: Prof. Dr. Heinz Niemann, Prof. Dr. sc. Wolfgang Triebel)
Tagungsort: Berlin-Lichtenberg, Begegnungsstätte *Undine*, Hagenstr. 57 (Nähe Regional-, S- und U-Bhf. Berlin-Lichtenberg) – Beginn: 11.00 Uhr